

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 126.

Wittwoch, den 31. Mai 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Rußlands Schicksal besiegelt.

+ Was nach den gestern vorliegenden Meldungen vom Kriegsschauplatz im fernem Osten noch zweifelhaft war — heute steht es fest: Rußlands Schicksal ist unumkehrbar besiegelt. Nach den vernichtenden Niederlagen der Russen am Jalu, bei Liaojang, Port Arthur und Mukden konnte es für diese nur noch eine einzige Hoffnung auf einen Sieg über die Japaner geben; das war die Befreiung der japanischen Flotte. Nunmehr ist auch diese Hoffnung zu Wasser geworden. Das vereinte russische Geschwader ist nach den letzten Meldungen, an deren Richtigkeit wohl nicht mehr zu zweifeln ist, geschlagen worden.

Seitens der baltischen Flotte war der Versuch gemacht worden, am Sonnabendvormittag durch die Koreastraße auf dem kürzesten Wege nach Wladiwostok zu gelangen, um gemeinsam mit der Wladiwostok-Flotte, die aus 2 Kreuzern besteht, das japanische Geschwader zu besiegen und kampfunfähig zu machen. Dieses Beginnen war ein äußerst gewagt. Ist doch die Koreastraße eine enge Fahrstraße zwischen der Südspitze Koreas und der Nordwestküste Japans, die durch die Insel Tsuschima noch bedeutend verengt wird. Auf den Schutz des Nebels vertrauend, trat Roschdjewensky, der bekannte „Holo“ von Hull, die Fahrt an. Doch sein Schicksal sollte ihn recht bald ereilen. Nachmittags gegen 2 und 3 Uhr gingen die Japaner, die sich kampfbereit gehalten hatten, bei der Insel Tsuschima zum Angriff über. Der Wittergott, der doch eigentlich den überkommenen Russen hätte beistehen müssen, kam bei dieser Schlacht den Japanern zu Hilfe: Der Nebel lichtete sich. Der Kampf, der sich hier in der engen Fahrstraße abspielte, scheint ein verzweifelter gewesen zu sein; er wurde ein Trauerspiel der russischen Flotte. Eine amtliche Meldung aus Tokio besagt: Admiral Togo berichtet der Regierung, daß die Gesamtverluste der russischen Flotte am Sonnabend und Sonntag folgende sind: 2 Schlachtschiffe, 1 Küstenpanzer, 5 Kreuzer, 2 Schiffe der Freiwilligenflotte und 3 Torpedobootzerstörer sind zum Sinken gebracht worden. Weiter wurden 2 Schlachtschiffe, 2 Küstenpanzer, 1 Schiff der Freiwilligenflotte und 1 Torpedobootzerstörer weggenommen. Es wurden mehr als 2000 Gefangene gemacht. Togo fügt hinzu, daß das japanische Geschwader unbeschädigt sei.

19 Schiffe der Russen sind also den Japanern zum Opfer gefallen. Viele brave Menschen haben ihren Tod in den Fluten gefunden.

Und dennoch könnte es nach dieser Meldung immerhin noch zweifelhaft sein, ob nicht trotz dieser Verluste die Russen infolgedessen einen Sieg erringen haben, als für die übrigen Schiffe des russischen Geschwaders nunmehr die Bahn frei geworden sei nach Wladiwostok. Bestand doch die russische Flotte aus etwa 40 Kriegsschiffen, einschließlich Torpedobootzerstörern und Hilfskreuzern. Voraussetzung für diese Annahme aber ist, daß erstens die übrig gebliebenen russischen Schiffe gewissermaßen die Spitze des Geschwaders bilden und daß zweitens die japanische Flotte gleichfalls enorme Verluste erlitten hat. Das letztere scheint nach der oben wiedergegebenen Meldung jedoch nicht der Fall zu sein, wenn auch anzunehmen ist, daß die Japaner gleichfalls etwas Schaden erlitten haben. Inbezug auf die erste Voraussetzung aber gibt uns eine Wolff-Meldung nähere Auskunft, die besagt: In der Seeschlacht mit der japanischen Flotte sind die folgenden russischen Schiffe gesunken: Die Panzer „Borodino“, „Imperator Alex. an der III.“, die Panzerkreuzer „Admiral Machimoff“, „Dimitry Donskoi“, „Wladimir Monomach“, „Küstenpanzer „Admiral Ushakov“, die Kreuzer „Swetlana“, „Schewtschug“, die Transportschiffe „Samtschatta“ und „Stessim“. Die Panzer „Drei“ und „Imperator Nikolai I.“, die Küstenpanzer „Admiral Senjowin“ und „General-Admiral Apraxin“ sind von den Japanern genommen. — Nach diesen Angaben kann man allerdings sagen, daß die russische Armada vernichtet ist. Von den vier großen Linien Schiffen des ersten Geschwaders ist nur das Flaggschiff „Sumarow“ den Russen geblieben, die stolzen Schlachtschiffe „Imperator Alexander III.“ und „Borodino“ sind in den Grund geböhrt. „Drei“ ist in die Hände der Japaner gefallen. Das ganze dritte Panzer Geschwader hat aufgehört zu existieren. „Admiral Ushakov“ liegt auf dem Grunde des Meeres, das Flaggschiff „Imperator Nikolai I.“, „Admiral Senjowin“ und „General-Admiral Apraxin“ sind in die Hände der Japaner gefallen. Von den acht Panzerdeckkreuzern der Russen sind nicht weniger als fünf zum Sinken gebracht, nur „Dleg“, „Arona“ und der kleine „Sumrub“ haben sich gerettet.

Unter diesen Umständen würde es also den Russen ab-

solut nichts nützen, wenn wirklich der verbleibende Rest ihrer Flotte nebst Roschdjewensky glücklich nach Wladiwostok entkommen wäre. Die Schiffe haben durch die lange Fahrt erlitten, was sehr gelitten; hinzu kommt noch, daß es sich bei denselben in der Hauptsache um sogenannten Ausschuß handelt. Selbst wenn also die Bereinigung der Trümmer der russischen Flotte mit den beiden Wladiwostok-Kreuzern erfolgt, so ist dennoch Rußlands Niederlage im See-Kriege eine Tatsache, an der nicht mehr zu rütteln ist.

Neben der Zerstörung und Wegnahme der Schiffe ist jedoch noch ein weiterer großartiger Erfolg der Japaner zu melden: Admiral Nebogatow und 3000 russische Seeleute befinden sich in japanischer Gefangenschaft. Ueber die Unterbringung Nebogatows und der gefangenen Mannschaft sind bereits Bestimmungen getroffen worden.

Natürlich werden, wie sich wohl jeder Leser selbst denken kann, aus Anlaß dieses japanischen Sieges die verschiedenartigsten Meldungen in die Welt geschickt. Wir nehmen von diesen Nachrichten, unter denen sich auch eine befindet, nach der Roschdjewensky der Gefangenschaft nur durch die Fabelhaftigkeit seiner beschriebenen Flaggenschiffes entgangen sein soll, keine ausführliche Notiz und warten erst zuverlässigere Meldungen ab.

In Rußland versucht man jetzt natürlich, die Niederlagen zu verheimlichen. Wie dabei zu Werke gegangen wird, ist einfach drollig. Man höre, was die Petersburger Telegraphenagentur aus Schanghai meldet: „Von allen Seiten laufen in Schanghai Telegramme ein mit der Meldung von einer Seeschlacht zwischen Tsuschima und der japanischen Küste. Es werden keine Einzelheiten gemeldet, doch ist der Ton der Telegramme aus Tschifu für die Russen günstig. Es heißt, das Wladiwostok-Geschwader habe an dem Kampfe teilgenommen. Eine britische englische Firma empfing ein Telegramm aus Tokio mit der Meldung von einem Siege der Japaner, in dessen Glauben nemand hier an. (?) Die Stadt befindet sich in äußerster Erregung. Alle Kriegsschiffe im Hafen gescheckt gemacht. Der Telegraph nach Wusung ist seit gestern, unbekannt weshalb, unterbrochen. Viele Handelschiffe gehen in Erwartung der Ereignisse nicht in See.“ Weiter läßt sich dieselbe Agentur aus Schanghai berichten, dort sei die Nachricht eingegangen, dort sei die Nachricht eingegangen, daß sieben japanische Schiffe, davon zwei Panzer, und vier russische Schiffe in den Grund geböhrt seien. — Man muß über dieses geradezu läppische Beginnen der Russen lachen.

Das Schicksal Rußlands in diesem Kriege ist besiegelt. Selbst wenn ihm in der Randschurei noch einmal die Sonne des Sieges leuchten sollte — was wir noch stark bezweifeln möchten —, den definitiven Sieg kann es nicht mehr erringen, trotz aller Gebete — zum Gott der Christen! Wir beurteilen selbstredend die Grundsätze, die dieser Krieg in allen seinen Entwicklungsstadien gezeigt hat. Dennoch begrüßen wir im Interesse des gelächelten und gekauften russischen Volkes den Ausgang desselben mit Freuden!

## Der Kampf um die Börse.

I.

\* Unter den wichtigsten Vorlagen des Reichstages, deren Schicksal im Augenblick noch völlig in der Luft schwebt, da man noch immer nicht weiß, ob der Reichstag sie wird zum Abschluß bringen können, befindet sich auch die Novelle zum Börsengesetz. Diese Novelle hat im April des vorigen Jahres die erste Beratung im Reichstage durchgemacht, sie wurde damals an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen, und diese Kommission hat nun dank der agrarischen Erhebungen glücklich mehr wie ein Jahr gebraucht, um die paar Paragraphen, um die es sich hier handelt, durchzuberaten. Der Bericht, der dieser Tage dem Reichstage darüber zugegangen ist, zeigt, daß die Agrarier wiederum auf der ganzen Linie gesteht haben, und daß die wenigen kleinen Verbesserungen, die die Regierung mit der Novelle an dem tollen Gesetz von 1896 vornehmen wollte, völlig über den Haufen gerannt sind.

Um was es sich bei all diesen Kämpfen um die Börse seit Anfang der neunziger Jahre handelt, ist nichts anderes, als der Kampf der Agrarier gegen den Großkapitalismus der Industrie und der Banken. Über diesen Kampf wird nicht im Interesse der Allgemeinheit, nicht im Interesse des wirtschaftlichen Fortschrittes geführt, sondern mit der offen ausgesprochenen Absicht, die Interessen der Landwirtschaft zu schützen. Was sich hinter diesem Schlagwort verbirgt, ist, wie wir wissen, nichts anderes, als eine kleine Sippe von Junkern und Großgrundbesitzern auf Kosten des werktätigen Volkes über Wasser zu halten. Insofern ist der Kampf um die Börse von Seiten der Agrarier nur ein Taktstück des allgemeinen Kampfes der Brotwucherer. Das zeigt sich nun im einzelnen auch bis zur absoluten Zweifel-

losigkeit darin, daß dieser Kampf um die Börse sich von vornherein zugespielt hat auf einen Kampf um den Terminkontrakt. Der Terminkontrakt ist ein Zettelgeschäft, das unter bestimmten allgemeinen Normen abgeteilt wird; das heißt, es wird eine bestimmte Waarengattung in bestimmten Mengen und Qualitäten auf eine bestimmte Zeit zur Lieferung oder Abnahme gehandelt. Da diese bestimmten Mengen und Qualitäten von Waaren im Augenblick, wo dies Geschäft abgeschlossen wird, schon existieren, ist dabei gleichgültig, ihre spätere Existenz wird nur angenommen. Daraus ergibt sich, daß das Termingeschäft im wesentlichen ein Spekulationsgeschäft, aber ein Spekulationsgeschäft, wie es aus der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft mit Naturnotwendigkeit herausgewachsen ist. Das Termingeschäft ist zur Möglichkeit geworden, internationale Preischwankungen zu glätten, augenblickliche Gegensätze, wenn man so sagen darf, durch Wechsel auf die Zukunft zu mildern. In diesem Sinne ist das Termingeschäft eine notwendige Funktion des Welthandels, und es behindern oder für bestimmte Waaren überhaupt verbieten, heißt nichts anderes, als den Weltverkehr, seine möglichen Preisausgleichungen verhindern, die Preise auf Kosten der Konsumenten zu Gunsten weniger Produzenten in die Höhe zu schrauben. Das Verbot des Terminkontrats in Getreide und Mühlenfabrikaten bedeutet deshalb nichts anderes als eine Preissteigerung, eine Erhöhung der Preise des notwendigsten Lebensmittels, des täglichen Brotes; es ist, wie schon 1896 unserer Fraktionsredner ganz richtig den Agrariern ins Gesicht rief, einfach eine Prämie auf den Brotwucherer.

Handelt es sich bei den Agrariern also in Wahrheit vorwiegend, ja hauptsächlich und allein um diese Prämie auf den Brotwucherer, so sind sie natürlich schlau genug, diese Wahrheit zu verheimlichen. Sie spielen sich gerade bei diesem Deutungs als Reiter des kleinen Mannes auf und als Reiter der Moral und dergleichen schöner Dinge, sie reden vom „Gibtbaum der Börse“, von der „Spielerei“ und „demoralisierenden Spekulation“, und gebärden sich, als gälte es wieder einmal die heiligsten Güter der Nation zu retten. Was in Wahrheit und Wirklichkeit dahinter steckt, haben wir gesehen. Wenn nun die Sozialdemokratie in dieser richtigen Erkenntnis des agrarischen Kampfes um die Börse es ablehnt, diesen Kampf mitzumachen, so kann sie nicht bloß bei diesem negativen Ergebnis stehen bleiben, sondern sie muß positiv gegen diesen agrarischen Kampf auftreten. Das hat sie denn auch vom ersten Augenblick an bis zu diesem mit aller Kraft getan. Die sozialdemokratische Partei ist dabei, wie immer eindringlich betont worden ist, sicherlich keine Verhängerin des Börsentreibens und der Börsenmoral; sie sieht in der Börse nicht nur eine Zentrale des heutigen wirtschaftlichen Systems, des Kapitalismus, sondern zugleich auch eine Konzentration des diesem System eigenen Gewinnstrebens, Spiel und Ausbeutungstendenzen, und tatsächlich ist dann auch von ihr das Börsentreiben oft viel ausführlicher charakterisiert worden, als in der agrarischen und antisemitischen Presse, die sich nur dann zu entrüsten pflegt, wenn an der Produzentenbörse durch irgendwelche Manipulationen die Getreidepreise gedrückt, nicht aber, wenn sie auf gleichem Wege künstlich in die Höhe getrieben werden. Uns gilt die Börse als eine aus den kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen entstandene und mit ihnen gewachsene Institution, die in diesen Verhältnissen durchaus notwendige Funktionen zu erfüllen hat. Dabei übersteht und verkennt die Sozialdemokratie aber nicht, wie die liberale Börsenpresse, die Ausartungen und Schäden, die dieser Funktion anhaften und die behindert und ausgegert werden können, ohne die ganze Funktion wesentlich lahmzulegen. In diesem Sinne stimmen wir durchaus mit dem Grafen Posadowsky überein, der am 19. Februar 1903 im Reichstage erklärte: „Die verbündeten Regierungen können in der Börse nicht eine absolut schädliche Institution erblicken, wie das von mancher Seite zu geschrien scheint. Die Börse ist vielmehr eine unbedingt wirtschaftliche Notwendigkeit.“ Von unserem Standpunkte aus ist deshalb die Frage der Börsenreform eine ganz andere als von Seiten aller bürgerlichen Parteien.

Für uns handelt es sich also auch bei der versuchten jehigen Reform des Börsengesetzes seitens der Regierung einfach um die Frage: was wird durch die Bestimmungen des Börsengesetzes von 1896 an dem Börsengetriebe geändert, inwiefern wirken sie gewissen Schäden, vornehmlich der wilden Uberspekulation entgegen, und inwiefern hemmen sie andererseits notwendige Funktionen; was kann der vorliegende Reformversuch bessern? Das Börsengesetz von 1896 ist von diesem unsern Standpunkte aus von vornherein verworfen worden. Der „Spielteufel“ wird dadurch nicht gebändigt, die neunjährige Geschichte des famosen Gesetzes hat es bewiesen. Die Verschärfung des „Spiels“ auf die in das Börsenregulierung eingetragenen hat die verborgene und deshalb weit gefährlichere Spekulations- und Spielwut nur vermehrt; das Verbot des Terminkontrats hat den internationalen Handel erschwert, das deutsche Kapital auf den Auslandsmarkt getrieben; die Möglichkeit des sog. Differenzkaufes d. h. die Möglichkeit, daß bei einem erlaubten Termingeschäfte der



Verleerer einfach „von Reichswegen“ nicht bezahlt, sein Wort nicht einläßt, hat die Vorkommnisse nur noch tiefer gedrückt. Diese und andere Schäden des Gesetzes von 1896 haben der Regierung den jetzt vorliegenden Reformversuch aufgezwungen. Was dabei herausgekommen und was schließlich die Agrarier in der Kommission noch daraus gemacht haben, soll ein Schlusssatz darlegen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die „gemeingefährliche Agitation“ des Flottenvereins geht weiter. In der Hauptversammlung in Stuttgart, in der natürlich ein Fuldigungstelegramm an Wilhelm II. beschlossen wurde, fand eine Resolution Annahme, die darauf hinausläuft, daß der Verein seine Wertigkeit zwar in erster Linie für die von der Regierung aufgestellte Flottenforderung vertritt, aber zugleich erklärt: „Der Deutsche Flottenverein tritt für den beschleunigten Ausbau der deutschen Flotte ein und gibt insbesondere dem Wunsche Ausdruck, daß der Ersatz der minderwertigen Schiffe, welche nach dem Flottengeleze von 1900 noch zu den Dienstschiffen zählen, durch vollwertige Schlachtschiffe möglichst bald erfolge.“ Der letzte Teil der Resolution sagt genug. Die „gemeingefährliche Agitation“ wird also weiter betrieben! — Auf das Fuldigungstelegramm an Wilhelm II. ging folgendes Danktelegramm an den Präsidenten des Reichstages ein: „Ich danke Eurer Durchlaucht für den Fuldigungsgruß des im Besitze Ihrer Majestät des Königs von Württemberg tagenden Flottenvereins, dessen von vaterländischer Gesinnung getragenes Wirken mir eine wesentliche Gewähr für die Erreichung des Zieles ist, welches Sie am Schlusse Ihres Telegramms erwähnen.“ — Die Melodie zu diesem Vers kann sich jeder selber machen.

Im Wahlkreis Sameln-Springe findet heute (30. Mai) die Ersatzwahl zum Reichstage für den verstorbenen Walbrecht statt. Um die Palme des Sieges ringen außer unserem Genossen Borch ein nationalliberaler, ein welfischer und ein landwirtsch. mitteleuropäischer Kandidat. 1903 stellte sich das Stimmverhältnis wie folgt: Sozialdemokraten 10198, Nationalliberale 7592, Welfen 4518, Bündler 4219. In der Stichwahl siegte der Nationalliberale mit 14989 gegen 11257 Stimmen für unseren Genossen Borch.

Das erhabene Opfer. Am vorigen Donnerstag erkrankte sich der Zentrumsgaß, der noch immer dem deutschen Reichstage präsidiert, durch ein ausgetragenes russisches Großfürst Sergius solidarisches, indem er dem Genossen Debevoir, der den russischen Freiheitskämpfer Kalajew erwürgt hatte, den folgenden Ordnungsruf — nach dem amtlichen Stenogramm entstellte: „Herr Abgeordneter, ich darf es nicht dulden, daß auf der Tribüne des Deutschen Reichstages ein Mordmörder der so qualifiziert wird, wie Sie ihn eben qualifiziert haben, und sein erhabenes Opfer hier heruntergezogen wird. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.“ (Schlauer Bravo.) — Der Mordmörder ist nicht etwa Großfürst Sergius, sondern Kalajew, und das erhabene Opfer nicht Kalajew, sondern Sergius — den stillosen Empfindungen des Grafen Wallerstein zufolge. Um der Ehre des deutschen Reichstages willen aber muß öffentlich die Anklage erhoben werden, ob sein Präsident öffentlich einen Verbrecher „erhaben“ finden darf, der, wie der Großfürst Sergius, von anderen Schandthaten zu schweigen, seine Macht notorisch mißbraucht hat, um Vetter von Schulanfakten zu zwingen, seinen Lüsten Kinder zur Beschäftigung zu stellen! Die Sozialdemokratie wenigstens lehnt es ab, diese Verhältnisse erhaben zu finden.

Der Ausgang des Prozesses in Sarabien veranlaßt die „Berl. Volksztg.“ u. a. zu folgenden Betrachtungen: „Gewalttätige Verletzungen des Wahlrechts, wie sie in dem soeben beendeten Prozeß in Rede standen, hat das Strafgesetzbuch des deutschen Reiches nicht ungepönt lassen wollen. Was wäre auch dieses hohe und wichtige Bürgerrecht wert, wenn diejenigen, die es mißachten, für die Verübung an der Majestät eines der bedeutendsten Volksrechte nicht büßen müßten? Der Staat hat, wenn anders ihm das freie Wahlrecht so hoch steht, wie es jedem seiner Bürger stehen muß, das dringende politische und sittliche Interesse daran, die Verächter der staatlich verbürgten Wahlfreiheit zur Verantwortung zu ziehen. Daran folgt, daß der Prozeß in Sarabien voraussichtlich noch einmal die Gerichte beschäftigen wird. Man darf erwarten, daß alle diejenigen Personen, die durch den Trierer Prozeß durch etliche erhärtete Zeugnisaussagen strafbarer Verletzungen gegen die Freiheit des Wahlrechts beschuldigt worden sind, alsbald in eine gerichtliche Untersuchung gezogen werden. Bei anderen Beschuldigten, wo die Verletzungen zu einem strafprozessualen Einschreiten nicht ausreichen, wird eine disziplinäre Abmahnung ihrer Ausschreitungen nicht ausbleiben können. Sagt man uns aber etwa, daß die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, um die saarabischen Wahlbedrücker exemplarisch zu bestrafen für das, was sie gegen die Wahlfreiheit gewagt haben, so werden wir daraus den Schluß ziehen, daß das Strafgesetzbuch hinter seiner sozialen Aufgabe zurückgeblieben ist. Dann wäre es die höchste Zeit und die dringlichste Pflicht des Reiches, gesetzliche Bürgschaften ins Leben treten zu lassen, die das Wahlrecht und die Wahlfreiheit auch des wirtschaftlich Schwächsten sicherstellen. Und zwar beruht sicherstellen, daß auch der verborgene und brutale Parteimann sich hüten wird, dieses Recht und diese Freiheit verschämt oder unverschämt anzutasten.“ — Die „Berl. Volksztg.“ vergißt anheimelnd, daß wir uns in Preußen Deutschland, der russischen Vorprovinz, befinden!

## Verammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 29. Mai 1906.

Auf der Tagesordnung steht die Abänderung des Bürgerrechtswahlrechts.

Senator Dr. Schön: Die Vorlage ist eine der wichtigsten, die die Bürgerschaft beschließen muß, deshalb ist ihre Vorbereitung auch eine entsprechend umfangreiche gewesen. Bei der Vorlage von 1902 ist der Vorwurf der Eile erhoben worden; dieser ist diesmal sicher vermieden worden. Nach langer und gründlicher Vorberatung ist es

nun der dringende Wunsch des Senats, daß die Vorlage baldmöglichst verabschiedet wird. Die Abänderung des Hamburger Wahlrechts, die jetzt erfolgen soll, berührt uns nicht. Es ist gefordert worden, die ganze Vorlage komme aus Furcht vor der Sozialdemokratie; das ist jedoch nicht der Fall; im Gegenteil, es soll durch dieselbe letzteren die Tür zu diesem Saal geöffnet werden. Wir wollen aber verhindern, daß die Sozialdemokratie hier die Herrschaft erhält. (Bravo!)

Dr. Baethke polemisiert gegen die Petition der Sozialdemokratie, die von Herrn P. Bape unterzeichnet ist. Wenn in derselben verlangt wird, daß das Wahlalter auf 20 Jahre festgesetzt wird, so könnte man schließlich auch die Konfirmation für das wahlfähige Alter ansetzen. (Lachen.) Für kommunale Vertretungen ist das allgemeine Wahlrecht nicht angebracht. Die Sozialdemokratie vertritt nur eine Klasse (Bravo!); deshalb müssen wir uns dagegen wehren, daß sie in der Bürgerschaft zur Herrschaft kommt. Aufgabe der Bürgerauswahlkommission ist es gewesen, zu prüfen, ob das Verhältniswahlrecht zu empfehlen sei. Es wurde vorgeschlagen, den Zensus beizubehalten und die Verhältniswahl für die zweite Klasse einzuführen. Beide Vorschläge fanden jedoch keine Mehrheit. Der Zensus wurde i. H. festgesetzt, um einen Damm gegen die Sozialdemokratie zu errichten. Bei der Aufhebung des Zensus ist die Kommission liberaler gewesen, als die Verhältnisse es gestatten. Wenn der Zensus fällt, so ist die zweite Klasse unwiederbringlich an die Sozialdemokratie verloren. Man könnte ja auch die Steuergrenze auf 3000 Mk. erhöhen, die Zahl der Sitze vermehren und die Proportionalwahl einführen, nicht nur für die zweite Klasse, sondern auch für die erste Klasse. Ich empfehle deshalb, die Vorlage nochmals an eine Kommission zu verweisen, und den Zensus aufrecht zu erhalten.

Senator Eschenburg spricht sich gegen den Antrag Baethke aus, der die Sache nur verlangsamen würde. Alle von Herrn Dr. Baethke geäußerten Bedenken sind auch bereits in der Kommission zum Ausdruck gekommen. Die Vorlage, wie sie Ihnen vorliegt, hat einen außerordentlich liberalen Charakter.

Coleman: Ich freue mich, daß die heutige Vorlage entgegen rücksichtlichen Verjuden den Zensus befestigt, denn in demselben liegt ein bitteres Unrecht. Selbstverständlich muß der sozialdemokratische Hochmut ein Damm entgegengesetzt werden, und das geschieht ja durch die verschiedenen Abteilungen. Jede Beizänkung des gleichen Wahlrechts ist ein Hebel, und deshalb muß daselbe möglichst klein gestaltet werden. Ich möchte vorschlagen, die Zahl der Mandate der zweiten Klasse zu vermehren. Der schwächste Punkt der Vorlage ist der, daß die zweite Klasse der Sozialdemokratie gänzlich ausgeliefert wird. Um das zu verhindern, müßte der Vorlage das Verhältniswahlrecht angegliedert werden. Die von Herrn Baethke in seinem Bericht aufgestellten Berechnungen sind nur einseitig. Ich bin also für die Verhältniswahl in der zweiten Klasse und stimme für die abermalige Verweisung an eine Kommission.

Bape: Ich hätte gern gesehen, wenn auch in Lübeck ein Dr. Volksohn aufstehen und die Senatsvorlage bekämpfen würde, z. B. Herr Dr. Wenda, der bei der Schillerfeier so schön für die Freiheit eingetreten ist. Ich bin stets dafür gewesen, daß alle Steuerzahler das Wahlrecht erhalten; wer kein Wahlrecht hat, darf auch keine Steuern zahlen. Wenn von Senatsseite bestritten wird, daß die Vorlage aus Furcht vor der Sozialdemokratie eingebracht ist, so ist das dennoch der Fall. Durch eine solche Vorlage, wie diese, besorgen Sie aber nur die Geschäfte der Sozialdemokratie. Sie sprechen immer von Liberalismus; wo ist denn der bei Ihnen zu finden? Sie schädigen auch die Leute, welche i. H. für das Bürgerrecht 28 Mk. zahlen; andernfalls müßten Sie das Geld den Leuten zurückgeben. Ob Sie nun Klassen- oder Ständewahlen einführen, Sie werden nicht zu einem gerechten Verhältnis kommen. Die Geldbeutelherischei, die jetzt für die Bürgerschaft vorgeschlagen wird, kann auch schließlich im Senat Platz greifen, denn weshalb sollte nicht auch im Senat der Millionär mehr Recht haben, wie der weniger Begüterte. Ich bin nun der Meinung, daß die Voraussetzungen der Vorlage auf einen gewissen Schwindel beruhen, der vom Amtsblatt mit einer angeblichen Aeußerung Debevoirs getrieben wurde.

Der Wortführer rügt den Ausdruck Schwindel.

Bape: Darf man denn nicht mehr die Wahrheit sagen? Ich muß dringend verlangen, daß der Bericht der Kommission in allen Punkten die Wahrheit enthält. Ferner möchte ich die Frage an den Senat richten, ob die Broschüre des Dr. Ludwig auf Senatskosten gedruckt wurde, denn ihr Absatz ist doch sehr gering.

Der Wortführer erludt, nicht solche zynischen Bemerkungen zu machen, er werde sonst die Grenzen des Zulässigen enger ziehen müssen.

Bape (fortfahrend): Ich habe nur eine Frage an den Senat gestellt, die nachher geantwortet werden kann. Und das kann mir nicht verwehrt werden. Wir werden für Kommissionsberatung stimmen, um Gelegenheit zu geben, die Vorlage zu verbessern. Einen Freisinnigen brauchen Sie allerdings nicht in die Kommission zu wählen, weil wir unter allen Umständen gegen jede Klassenwahl sind.

Senator Eschenburg: Ich muß gegen Herrn Bape betonen, daß wir bei unsern Steuern stets die Minderbemittelten entlastet haben. Unsere Steuern drücken niemand.

Senator Neumann bestreitet, daß die Vorlage aus Sozialistenehrgeiz hervorgegangen ist; sie ist von unserem Verantwortlichkeitsgefühl diktiert. Da die Bürgerschaft Mitträgerin der Staatsgewalt ist, so muß alles dagegen getan werden, um einer Klasse die Herrschaft zu überlassen. Die Sozialdemokratie hat sich nicht gemauert, wenn sie auch in den verschiedenen Landtagen gut gearbeitet hat. Was folgt nun aus einer sozialdemokratischen Mehrheit? In letzter Linie würde auch der Senat durch dieselbe gewählt werden. Die Entwicklung würde dann dahin führen, wie Debel sie geschildert haben sollte, zur Vertretung Lübeds im Bundesrat durch einen Sozialdemokraten. Das hat auch in Berliner Blättern gestanden. Wir sind jedoch zu rechter Zeit auf dem Posten gewesen und haben getan, was wir nach Lage der Sache tun konnten. Wenn auch durch die Vorlage der Sozialdemokratie neue Stimmen zugeführt werden, so kann das nicht für uns bestimmend sein gegenüber den Interessen des Lübedischen Staates. Die auswärtige Presse hatte es leicht, den Entwurf zu kritisieren, weil sie die hiesigen Verhältnisse nicht kennt. Jedoch sind auch größere Blätter für den Entwurf eingetreten. Die Hamburger Vorlage beruht auf ganz anderen Verhältnissen. An Herrn Bape möchte ich die Bitte richten, nicht für Kommissionsberatung zu stimmen, da von der Kommission jedoch nichts im liberalen Sinne beschloffen wurde. Nehmen Sie also die Senatsvorlage an.

Senator Dr. Schön: Ich möchte Herrn Bape gegenüber betonen, daß der Senat mit der Broschüre Dr. Ludwigs nichts zu tun hat und demzufolge auch die Druckkosten nicht bezahlt hat.

Dr. Baethke vertritt kurz nochmals seinen Standpunkt.

Rosenau: Ich bin nicht nur als Freisinniger, sondern auch als Handwerker gegen die Vorlage, da sie einen großen Teil der Gewerbetreibenden rechtlos macht. Bape: Senator Neumann hat behauptet, daß die Aeußerung Debevoirs auch in Berliner Zeitungen gestanden hat; er hat aber keine einzige genannt. Vielmehr hält er dies noch nach. Wir sind für Kommissionsberatung, weil noch etwas Besseres herauskommen kann. Es wird immer gelagt, daß die Vorlage eilig ist. Das sehe ich nicht ein. Verlängern Sie einfach Ihre Mandate um ein weiteres Jahr; Sie haben ja die Macht dazu. Ich möchte darauf hinweisen, daß durch dies Gesetz viele Leute zur Sozialdemokratie gedrängt werden; wer aber einmal das sozialdemokratische Gift in sich aufgenommen hat, kommt nicht so leicht davon los. Nehmen Sie deshalb die Vorlage ab oder stimmen Sie für Kommissionsberatung.

Bape wünscht, daß der Zensus bestehen bleibt, die Grenze auf 3000 Mk. erhöht wird und daß zum Schutze von Handel und Industrie noch eine Klasse geschaffen wird. 15 Vertreter genügen für die Sozialdemokratie, die doch jedenfalls ihre besten Kräfte senden wird. Für Arbeiterinteressen treten mir alle warm ein. Die großen Ausgaben für Travemünde, die kritisiert worden sind, kommen doch in erster Linie der großen Masse zugute, indem später billige Bäume eingerichtet werden.

Dr. Wittern: Herr Bape hatte einen unglücklichen Moment, als er Schiller und die Sozialdemokratie zusammenbrachte. Schiller trat warm für die Freiheit der Person ein; die Sozialdemokratie vernichtet dieselbe. Die Sozialdemokratie hat zwar mit großem Lärm Schiller für sich reklamiert; wir wissen nicht, was das Heuchelei ober kann man sagen: Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. (Weißal und Heiterkeit.) Zu der Aeußerung Debevoirs will ich bemerken, daß, wenn sie nicht von Debel getan ist, sie doch außerordentlich gut erfunden wurde, und darauf kommt es an. Es ist notwendig, daß wir uns gegen die sozialdemokratische Herrschaft, die bekanntlich nicht von Lübeck aus geleitet wird, wehren, und das geschieht durch das vorliegende Gesetz. Die Verhältniswahl ist nach meiner Ansicht zweckmäßig bei Erhöhung der Stimmengrenze, allerdings in beiden Abteilungen. Dann würden in denselben auch die Minoritäten zur Geltung kommen. Gegen die sozialdemokratische Herrschaft sind wir dann ebenfalls gesichert. Das Wahlalter müßte gerechterweise von 21 auf 25 Jahre erhöht werden, gleich dem Reichstagswahlrecht. Die von mir vorgeschlagenen Änderungen können dem Senate von der Bürgerschaft entgegengebracht werden; an eine Kommission möchte ich die Vorlage nicht verweisen sehen, denn aus derselben würde sie nur noch reaktionärer herauskommen.

Coleman: Ich habe das Vertrauen zur Bürgerschaft, daß sie die Vorlage nicht reaktionärer gestaltet. Deshalb bin ich für Kommissionsberatung. Ich habe ferner selbstverständlich Verhältniswahl für beide Klassen gewünscht. Den Vorwurf, daß der Bericht der Kommission einseitig abgefaßt ist, halte ich aufrecht. Ich bitte nochmals um Verweisung an eine Kommission.

Dobberstein: Ich möchte die guten Seiten der Vorlage ansprechen. Wer durch Konturverhältnisse früher vom Wahlrecht ausgeschlossen war, hat nach dieser Vorlage nach Verteilung der Masse wieder das Wahlrecht; auch bei den Offenbarungseiden sind Erleichterungen geschaffen. Wenn Herr Dr. Wittern die Fuchspolizei des Senates

Wortführer Stiller: Dieser Ausdruck ist nicht zulässig, ich rufe Sie deswegen zur Ordnung.

Dobberstein: Dann möchte ich doch den Wortführer erfragen, ein Lexikon herauszugeben, das die hier erlaubten Worte enthält.

Wortführer Stiller: Ich verbitte mir eine Kritik meiner Weisungen.

Dobberstein: Ich möchte bitten, die Senatsvorlage abzulehnen und dieselbe an eine Kommission zu verweisen. Im Gegenjag zu Herrn Bape bin ich der Meinung, daß auch die Freisinnigen in derselben mitarbeiten müssen.

Dahms: Ich finde, daß die Sozialdemokratie sich selbst von der bürgerlichen Gesellschaft abschließt und deshalb allein die Schuld daran trägt, wenn sie hier beschränkt wird. Ich bin für die sofortige Annahme der Senatsvorlage. — Ich möchte Herrn Bape, um ihm kurz entgegenzutreten, fragen, ob es freisinnig ist, ein offenes als nationalliberal bekennendes Blatt in der von ihm beliebten Weise anzugreifen.

H. Thiel: Ich habe den Wunsch, daß drei Abteilungen geschaffen werden, damit der Vorwurf, der Geldlad macht die Minderbemittelten rechtlos, keine Berechtigung erhält. Ich bin weiter für Ständewahlen. Wenn dagegen eingewandt wird, es sei nicht leicht, die verschiedenen Gruppen zu unterscheiden, so sage ich: wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir sind überhaupt nicht dazu da, in der Bürgerschaft hohe Politik zu treiben. Wir haben hier die Senatsvorlage zu prüfen und darüber zu beschließen. Ich freue mich über die Aufhebung des Zensus, denn ich meine, wer kein Wahlrecht hat, muß keine Steuern zu zahlen brauchen.

Bape: Ich möchte Herrn Dr. Wittern darauf verweisen, daß er bei der Beratung der letzten Abänderung des Wahlgesetzes den Standpunkt vertreten hat, man dürfe nicht einen Teil aus der Verfassung herausgreifen, um Änderungen daran vorzunehmen. Wenn der Senat dem Wunsch Dr. Witterns folgen würde, und, nachdem der Senatsantrag angenommen, Ihnen noch mit Vorschlägen kommen sollte, müßte er ja Tinte gelassen haben. (Große Heiterkeit.) Wir wird auserufen, daß ich Dr. Wittern fallig verstanden habe. Das liegt dann jedoch an den Ausführungen jenes Herrn. Weiter möchte ich noch bemerken, daß Herr Dr. Wenda bei der Schillerfeier den schönen Satz aus Schillers „Tell“ zitiert hat: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern. Und da schaffen Sie verschiedene Klassen! Redner wendet sich sodann gegen Dahms, der anscheinend Brechfreiheit mit Brechverdächtigungen verwechselte. (Große Unruhe.) Gröhlen Sie nur weiter; ich habe mich für Witternacht eingerichtet. (Heiterkeit.) Redner polemisiert dann unter großer Unruhe weiter gegen das Amtsblatt.

Brecht: Herr Dr. Wittern arbeitete mit Schlagworten und nannte Professor Baethke reaktionär; dabei tritt er für den Zensus ein. Das ist doch gemiß auch nicht fortschrittlich. (Sehr richtig!) Das Fallen des Zensus hat übrigens praktisch wenig Wert. Die Vorlage trennt die Bevölkerung in zwei Klassen, in Besitzende und Besitzlose, darüber brauchen wir uns nicht zu täuschen. Der Meinung, daß derjenige, der kein Wahlrecht besitzt, auch keine Einkommensteuer zu bezahlen brauche, bin ich nicht, denn die Steuer ist keine Bezahlung für das Wahlrecht. Ich muß der Ansicht entgegenzutreten, daß die Hamburger Vorlage spurlos an uns vorüber gehen kann. In derselben sind viele Gedanken enthalten, die auch von uns geprüft werden müssen. Die Zweiteilung halte ich, wie bereits gesagt, für unzulässig, denn es würde mit Recht nur von einer herrschenden und einer unterdrückten Klasse gesprochen werden können. Wenn man Abteilungen wollte, so müßten mehrere geschaffen werden; mindestens drei.



Die zweite Klasse müsse der Mittelstand sein, der zugleich auch als Bindeglied dienen könne. Auch in Preußen sowie in verschiedenen Kommunalverwaltungen bestände das Dreiklassenwahlrecht; wenn mir dasselbe an sich auch nicht sympathisch ist, so will ich doch darauf verweisen. Ich bin durch die verschiedenen Vorschläge, die ich hier gehört habe, zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine nochmalige Kommissionsberatung notwendig ist. Durch dieselbe kann die Vorlage ihres gegenwärtigen plutokratischen Charakters entkleidet werden; es können nach Hamburger Muster auch die Notabeln berücksichtigt werden usw. (Beifall.)

**Senator J. G. Evers:** Die Sozialdemokratie vertritt nicht die Interessen der Allgemeinheit, sondern nur ihre eigenen, während die Bürgergemeinschaft in den 50 Jahren ihres Bestehens für das Wohl der gesamten Bevölkerung eingetreten ist. Der Vorschlag des Senates ist der einfachste und der praktischste. Die vom Senat vorgeschlagene Grenze mit 2000 Mk. ist keine willkürliche, sondern dieselbe gilt allgemein als diejenige, welche den Lohnarbeiter vom dem selbständigen Gewerbetreibenden scheidet. Die Frage der Heraufhebung des Wahlalters von 21 auf 25 Jahre ist deshalb nicht schwerwiegend, weil eine jährliche Steuerzahlung am Orte die Vorbedingung für die Wahlberechtigung ist. Die Verhältniswahlen, die jetzt so warm befürwortet werden, sind nicht zu empfehlen. Dieselben mögen wohl für die Kaufmannsgerichte geeignet sein, wo nur eine Rechtsprechung nach gegebenen Grundlagen erfolgt, jedoch nicht für die Bürgergemeinschaft, wo der eigene Wille und die eigene Ansicht zum Ausdruck kommt. Auch der Hamburger Antrag kann für uns nicht maßgebend sein, da Hamburg bereits die Klassenwahl hatte. In Hamburg liegen die Verhältnisse auch insofern ganz anders, als man dort bisher die Einzelwahl im Gegensatz zur Listenwahl hatte. Wenn man in Alsted das Proportionalwahlrecht einführen würde, so schafft man dadurch künstlich verschiedene Parteigruppen, die schließlich auf dem Wege des Kompromisses ihre Wünsche zur Erfüllung zu bringen versuchen. In der zweiten Klasse wird das Bürgerrecht bei Verhältniswahlen schon deshalb keine Erfolge erzielen, weil bei dem Territorialismus der Sozialdemokratie es kaum jemand wagen würde, sich offen gegen dieselbe zu wenden. In der ersten Klasse wird bei der Verhältniswahl das Interesse nicht so groß sein, um das Manko bei der zweiten Abteilung auszugleichen. Es wird so hingestellt als ob durch die Zweiteilung einzelne Stände nicht genügend berücksichtigt würden. Sind denn bisher nicht die meisten Forderungen der Kaufmannschaft berücksichtigt worden. Wenn der Kaufmannstand hier nicht genügend vertreten war, so trägt daran seine eigene Laubheit im öffentlichen Leben die Schuld. Auch für die Wohlfahrt der Arbeit ist allzeit ausreichend von uns gesorgt worden. Ich erinnere Sie daran, daß die besten und praktischsten Schulbauten für Volksschulzwecke benutzt worden sind. Ich bin auch überzeugt, daß die Vertreter der Sozialdemokratie, wenn sie hier in der Minderheit sind, praktisch mitarbeiten werden. So werden auch wir davon Nutzen haben. Wenn, wie Herr Geheimrat Brecht es wünscht, mindestens 3 Klassen geschaffen werden, so kann es geschehen, daß die Mittelklasse die Herrschaft an sich reißt und bald mit den Sozialdemokraten, bald mit der andern Seite partiiert. Die Dreiteilung der Bürgergemeinschaft wird demnach nur Parteipolitik in diesen Saal tragen und das muß vermieden werden. Für uns darf nur das Allgemeininteresse maßgebend sein und deshalb möchte ich Sie bitten, nehmen Sie die Senatsvorlage unverändert an. (Bravo!)

**Dr. Baet h e** tritt nochmals für die Einführung der Proportionalwahl ein.

**L a u** hält ebenfalls das System der Verhältniswahlen für das Beste; allerdings dürfe es nur eine Klasse geben, dann würde niemand zu kurz kommen.

**Schwarzkopf:** Es sind sämtliche hier heute gemachten Vorschläge bereits in der Kommission geäußert und besprochen worden, deshalb bin ich für sofortige Annahme der Senatsvorlage.

**Dr. Wittern** sucht sich gegen die Vorwürfe Bapes und Brechts zu wehren. Im übrigen schließt er sich den Ausführungen Senator Evers an. Gegen eine Dreiteilung ist er ebenfalls.

**P a p e:** Ich bin noch nie für Zensuswahlen eingetreten, wie mir nachgesagt worden ist. Meine Vorschläge gehen, wie bereits gesagt, dahin, allen Steuerzahlern das Wahlrecht zu gewähren. Wenn Herr Senator Evers der Meinung ist, daß in der Bürgergemeinschaft genau 15 Sozialdemokraten sitzen sollen, so wäre es doch viel einfacher, zu bestimmen, daß die Bürgergemeinschaft aus 120 Mitgliedern besteht, von denen 15 Sozialdemokraten sein müssen. (Dr. Geiter.) Die Befürchtung, daß bei einer weiteren Klassenteilung mehr Kompromisspolitik getrieben würde, teile ich nicht, da eine Kompromisspolitik schon jetzt befolgt wird. Ferner war es von Herrn Senator Evers nicht richtig und schön, wenn er anführt, daß für die Arbeiter viel geschehen ist, indem man ihnen die gute Volksschule gewährt hat; für das Katharineum wird viel mehr ausgegeben. Im Falle, daß die Kommissionsberatung abgelehnt wird, möchte ich namentliche Abstimmung beantragen.

**J e n n e** bezeugt den Wert der Beratungen der gemeinsamen Kommission. Im übrigen ist er für Ueberweisung der Vorlage an eine neue Kommission.

**Buchwald** wendet sich gegen die Ausführungen Senator Evers, der die Leute aus dem Bürgertum, die unter 2000 Mk. verdienen, einfach der Sozialdemokratie überweisen wolle.

**Senator J. G. Evers** betont demgegenüber, daß er wohl einen Erfolg der Bürgerlichen, die unter 2000 Mk. versteuern, wünsche, jedoch nicht an einen solchen glaube. **R o s e n q u i s t** tritt nochmals für Kommissionsberatung ein.

**Dr. Ziehl** ist ebenfalls für erneute Kommissionsberatung, da das Prinzip der Verhältniswahlen in der gemeinsamen Kommission nicht erörtert worden sei. Wenn Senator Evers gemeint hat, daß bei der Verhältniswahl die kleinen bürgerlichen Leute nicht zur Wahlurne gehen würden, so gleicht das einer Banalotterklärung des Bürgeriums. An eine Parteibildung, wie sie bei Verhältniswahlen hier befürchtet wird, glaube ich nicht. Sollte die kommissarische Beratung der Vorlage abgelehnt werden, so sehe ich mich gezwungen, gegen die Senatsvorlage zu stimmen.

**Senator Dr. Neumann** verteidigt die Arbeit der gemeinsamen Kommission. Wenn der Vorschlag des Dr. Wittern angenommen würde, so müßte doch auch die Scheidengrenze auf 3000 Mk. und die Zahl der Mandate erhöht werden. Dadurch schaffen wir jedoch nur die Möglichkeit, daß in Zukunft die Zahl der sozialdemokratischen Mandate vermehrt werden kann. Eine Kommissionsberatung würde nach meiner Ansicht nicht im liberalen Sinne erfolgen. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist die einzige Richtschnur für die Arbeit der gemeinsamen Kommission gewesen, das will ich hier offen aussprechen. Ich möchte dringend davor warnen, den Vorschlägen der Minderheit der Kommission zu folgen. Die Auseinanderreißung der Bürgergemeinschaft in viele Abtei-

lungen halte ich für durchaus ungewollt. Bei der heutigen Beratung hat sich herausgestellt, daß der Senat, der doch konservativ sein soll, einen liberaleren Standpunkt vertritt, als die Bürgerchaft. (Lachen.) Auch im Jahre 1848 war das ebenso. Mögen Sie es sich wohl überlegen, ob Sie dem Wege der Milderheit der Kommission folgen wollen, sie verschlechtern damit nur das Gesetz. Nehmen Sie bitte den Senatsantrag an.

**Dr. Baet h e** beantragt Vertagung, da er nicht mehr imstande sei, den Verhandlungen richtig zu folgen. Der Antrag wird abgelehnt.

**Brecht** wendet sich gegen verschiedene Aeußerungen der Redner bezüglich der Verhältniswahlen und verweist auf Bremen. Gegen Senator Dr. Neumann bemerkt er: Was darüber urteilen zu können, was liberal ist oder nicht, steht Herr Senator Dr. Neumann, den ich aus seiner alldeutschen Tätigkeit sehr schätze, denn doch viel zu weit rechts. (Große Heiterkeit.)

**Senator Dr. Neumann** sagt, daß das Bremer Bürgerchaftswahlrecht, das Ständerwahlen vorsteht, sicher nicht gerade liberal ist. Die Bremer Bürgerchaftsmitglieder würden das Wahlrecht auch gern ändern, aber es sind dort bereits soziale Sozialdemokraten, daß es schwer ist, die Aenderung vorzunehmen.

**P a p e** tritt nochmals unter großer Unruhe für Kommissionsberatung ein.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Kommissionsberatung mit großer Mehrheit angenommen.

Die Wahl der Kommission, die auf Vorschlag des Vorsitzers aus neun Mitgliedern bestehen soll, erfolgt sofort. Es werden gewählt: Professor Baet h e, Stiller, Brecht, Jenne, Dr. Wittern, Dr. Gorb, Dr. Ziehl, Buchwald und H. Thiel; als Ersatzmänner Nabe, Rosenquist und Coleman.

Schluß der Sitzung 11 Uhr abends.

## Alsted und Wandsbegerlei.

Dienstag, den 19. Mai.

**Achtung Flussschiffer!** Ueber den Flussschiffahrts-Vetrieb von H. Drews ist wegen Lokaldifferenzen die Sperre verhängt. Zugang ist ferngehalten.

Die Lokalkommission der Flussschiffer.

Der Bezug von Mantern nach Burg (Fehmarn) und Kleinick 1. S. ist streng ferngehalten!

**Seltene Schillerlehren.** Das Jahr 1905 wird vielfach als das Schillerjahr bezeichnet und deshalb ist es nicht zu verwundern, wenn die zu Ehren des großen Dichters veranstalteten Feiern sich von dem Todestage ziemlich weit entfernen. Die Art der „Ehrungen“ ist natürlich sehr verschieden; während die gebildeten reichen Leute als Schillerfeier u. a. eine Art Carneval veranstalteten, in Süddeutschland in einem kleinen Orte sogar die „schwarze Niesendame“ zu Ehren Schillers aufgestellt war, wird in dem uns benachbarten Wilsau im Monat Juni eine Schillerfeier, ausgeführt von Herrn Lehrer Maad aus Israelsdorf, mit nachfolgendem Ball“ arrangiert. Dann kommt folgender Nachsatz: „Dienstboten haben keinen Zutritt.“ Eine solche „Schillerfeier“ ist eine direkte Verhöhnung des Dichters, der für die Freiheit und für Menschenrechte in seinen Werken stets eingetreten ist. Daß Dienstboten zu einer angeleglichen Ehrung Schillers keinen Zutritt haben sollen, kennzeichnet nur die ganze Rückständigkeit jener Leute, die eine derartige Feier veranstalten. Bedauerlich ist nur, daß ein Lehrer, der doch ein aufgeklärter Mann sein sollte, sich zur Mitwirkung an dieser Verhöhnung Schillers hergibt.

**Personalien.** Der Senat hat den Schumann Wilh. Alb. Reind. Horn zum Steuerassistenten und Vollziehungsbeamten ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. Juni 1905 festgesetzt.

**Diebstahl.** Wegen zwei in einer hiesigen Räuberei beschäftigte Frauen wurde Anzeige wegen Entwendung von Fischen erstattet. — Aus einem im Abbruch befindlichen Hause wurde vor einiger Zeit ein Wassermeßer gestohlen.

**Die Wassermühle des Krähenteiches** betrug gestern nachmittag 18 Grad.

**Malente.** Das hier am Sonntag den 28. Mai abgehaltene Sängers- und Fahnenweihfest des Gesangsvereins „Frohinn“ nahm, von herrlichem Wetter begünstigt, einen imposanten Verlauf. Die Chorlieder, vorgetragen von den drei Gesangsvereinen „Garmonie“, „Gutin“, „Frohinn“-Fisau und „Frohinn“-Malente sowie auch die von den einzelnen Vereinen gesungenen Lieder wurden von den zahlreich erschienenen Festteilnehmern mit Beifall aufgenommen. Die Festrede wurde vom Genossen A. Rasch-Wandsbeck gehalten. Um 6 1/2 Uhr begann der Ball, welcher die Festteilnehmer noch in recht vergnügter Stimmung bis zur frühen Morgenstunde beisammenhielt.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Ein schwerer Sturm überraschte, wie aus Kiel gemeldet wird, die schwedische Schonerbrigg „Anna“ unter Laaland und warf das Schiff an die deutsche Küste, wo es durchbrach und versank. Kapitän und Mannschaft des Schiffes ertranken. — Ein Großfeuer zerstörte das Gewese des Müllers Carl Jensen in Adenskirchen in Angeln. Zwei Pferde und 18 Schweine verbrannten. Die Entziehungsurache des Feuers ist unbekannt.

**Hamburg.** Der zweite Tag des Kampfes um die Wahlrechtsreform, der gestern stattfand, hat die Entscheidung noch nicht gebracht. Der Zuzug zu den Tribünen war wiederum außerordentlich stark, während der Sitzungsaal selbst verschiedene Lücken aufwies. Für die Senatsvorlage traten die Herren Senator Dr. Bredahl und Dr. A. Mönckberg (N.) ein. Die Argumente, die von diesen Leuten vorgebracht wurden, waren äußerst adenscheinig; aus jedem zweiten Satz grinst die Sozialistenfurcht. Dr. Blund war der erste Redner der Linken, der sich gegen die Vorlage wendet. Und nun zeigte sich die kompakte Majorität der Wahlrechtsräuber in ihrer ganzen Herrlichkeit. Während man den Senatskommissar und den Dr. Mönckberg in voller Ruhe angehört hatte, schüttete man nicht nur, als Dr. Blund begann, in großer Eile in das Geyser, sondern auch im Saale herrschte große Unruhe, die besonders große Dimensionen annahm, als der Redner die allerdings höchst auffällige Tatsache erwähnte, daß die beiden Bürgermeister unter den Senatskommissaren fehlten. Als nach Dr. Blunds Ausführungen der Syndikus Dr. Schäfer das Wort nahm, fällt sich das Geyser schnell. Man dankte dem Autor der Vorlage, der Dr. Schäfer weislos ist, durch diesen Höflichkeitssatz für sein „Wert“. Dr. Schäfer redet trocken, geschäftsmäßig, und trägt in dieser Weise noch einmal den Inhalt der Motive vor, die er zu der Vorlage geschrieben hat. Er verteidigt die Verhältniswahl besonders eifrig gegen die Vorwürfe, die gegen sie aus den Bürgervereinen erhoben sind. Er war

dabei unendlich breit und langweilig. Um 11 1/2 Uhr trat darauf Vertagung auf Mittwoch ein.

**Hamburg.** Ein Brandunglück trug sich gestern Nachmittag im Hause kleine Schmiedestraße 11 zu. Trotz vieler öffentlicher Warnungen vor dem Gebrauch von Petroleum zum Feueranzünden, konnte es die im genannten Hause wohnende junge Ehefrau Bod nicht über sich gewinnen, die Petroleumlampe stehen zu lassen, als sie gestern Nachmittag Feuer anzünden wollte. Sie sah aus der Lampe Petroleum in den Herd hinein, in welchem noch Blut vorhanden war. Wöglig erfolgte eine Explosion der Petroleumlampe und die Frau stand alsbald in hellen Flammen. Durch Nachbarn wurde ihr sofort Hilfe zuteil, doch ist sie am ganzen Oberkörper schrecklich zugerichtet worden. Das durch die Explosion verursachte Feuer wurde von der Feuerwehr schnellig gelöscht und die schwerverletzte Frau wurde durch die Sanitätskolonne der Feuerwehr nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. — Auf dem am 26. Mai hier eingetroffenen englischen Dampfer „Hylas“ sind laut Mitteilung der Polizeibehörde 11 A t t e n gefunden worden, die, wie eine Untersuchung ergeben hat, mit Pestbazillen behaftet sind. Die Ladung des Schiffes ist deshalb polizeilich unterbrochen und das Schiff einer Ausräucherung mit dem Mattentödtungsapparat unterzogen worden. Menschen sind nicht erkrankt. Zu Beunruhigungen liegt kein Anlaß vor. Die weitere Lösung der Ladung des Dampfers wird unter besonderen von der Polizei überwachten Vorichtsmaßnahmen erfolgen.

**Wilhelmsburg.** Großfeuer in Wilhelmsburg. Gestern Abend gegen 6 Uhr brach in der Zeebedstillation von J. Galkemann, in der alten Schleuse, ein Großfeuer aus. Sämtliche Feuerwehren von Wilhelmsburg nebst einem Teil der Harburger Feuerwehr konnten das entsetzliche Element nicht Herr werden, so daß man sich nach Hamburg um Hilfe wandte, worauf diezüge 2 und 6 ausrückten. Nach 9 Uhr hatte die Feuerwehr das Feuer auf seinen Herd beschränkt. Verbrannt sind eine große Anzahl Exertonen und zwei mit Teer gefüllte Tanks. Ein Harburger Feuerwehrmann soll Verletzungen erlitten haben.

**Kiel.** Die Kieler Schneider sind gestern in den K u s t a n d getreten.

**Kienburg.** Gegen hundert Schneider, deren Beizipale dem Arbeitgeber-Verband angehören, streikten.

**Harburg.** Eine Tochter, die ihren Vater verhungern ließ. Aus Neugraben wird gemeldet, daß ein 17jähriger Mann auf dem Boden des Hauses seiner Tochter, bei der er wohnte, in erbarmungswürdigem Zustande halb verhungert und völlig verwahrlost aufgefunden worden sei. Er wurde ins Krankenhaus des Landkreises Harburg gebracht. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung des Falles in die Hand genommen.

**Bremen.** Die Schneidergehilfen Bremens haben am Montag morgen beschlossen, aus Solidarität mit den streikenden und wegen Nichtunterzeichnung des Reverses ausgesperrten Kollegen bei allen Arbeitgebern, die dem Verbands der Arbeitgeber angehören, in den Streik zu treten. In Betracht kommen rund 400 Gehilfen. Die Arbeit ist nach dem Beschluß der Versammlung sofort eingestellt worden.

## Beste Nachrichten.

**Thorn.** Der ehemalige Oberleutnant Wessel wurde wegen schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

**Bredten.** Aussperrungswut. Sämtlichen Biagareiten-Arbeitern, die nicht aus dem Tabatarbeiter-Verband austraten, ist gekündigt worden. Es sind mehrere tausend Personen.

**Essen a. d. N.** Risiko der Arbeit. Auf Bege „Montordia“ bei Oberhausen kam der Schiefermeister Stolle zu Fall, wobei ein Kasten mit Sprengstoff, den er trug, explodierte. Stolle wurde vollständig zermalmt. — Auf Friedrich Wilhelmstraße wurde ein Arbeiter von einem glühenden Stahl durchbohrt. Der Arbeiter war sofort tot.

**Machen.** Schweres Unglück. In Alsdorf entstand auf Grube „Anna“ eine Gasexplosion in den Koksanlagen, wobei sieben Arbeiter schwer verletzt und einer sofort getötet wurde. Ein anderer verstarb auf dem Transport zum Hospital.

**Ofenbach.** Raubmord an einem 11jährigen Mädchen. Hier wurde ein elfjähriges Mädchen beim Entfesseln von Vereinsbeiträgen von der Frau des Glafers Loh ermordet und beraubt.

## Sprechsaal.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

## Eingekandt.

Sonderbare Zustände herrschen, wie es scheint, in dem Malergeschäft von Scheitler u. Dose. Es mutet einem ganz patriarchalisch an, wenn man hört, daß in diesem Geschäft für die Arbeiter eine Sparkasse eingerichtet ist. Es sollen verschiedene dort beschäftigte Malergehilfen wöchentlich einen Teil ihres verdienten Lohnes in den Händen ihres Meisters lassen; einige Gehilfen haben sich angeblich schon einige hundert Mark erspart. Von wem dieses Sparkassen angelegt worden ist, ob vom Meister oder von den Gesellen, wissen wir nicht. Dem Meister kann man es ja eigentlich garnicht verdenken, denn wenn er viele solcher Gehilfen hätte, wie diese, so würde mit diesem Gelde nutzbringend arbeiten können. Die Gehilfen jedoch, die von dieser Einrichtung Gebrauch machen, stellen sich damit ein gewisses Armutzeugnis aus. Indem sie das Geld dem Meister überlassen, geben sie indirekt zu das sie selber nicht in der Lage sind, ihr Vermögen zu verwalten.

Mehrere Maler.

## Amtliche Notierungen der Produktienbörse.

Inländisches Getreide. Rüböl, 27. Mai. Weizen, 126—132 Pfd. holl., Mt. 168 bis 172,00, Roggen, 120—126 Pfd. holl., Mt. 118 bis 155. Hafer je nach Qualität, Mt. 142 bis 146. Gerste, je nach Qualität, Mt. 145—155.

## Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 29. Mai. Der Schweinehandel verlief äußerst reger. Zuführt wurden 1051 Stück, Preis: Sengschweine — Mt., Verkaufschweine, schwere 64—65 Mt., leichte — 65 Mt., Sauer 57—62 Mt. und Ferkel 60—63 Mt. pro 100 Pfund.



Nur noch kurze Zeit dauert unser

# Total-Ausverkauf.

Restbestände folgender Arbeiter-Garderoben.

<b>Blaue Pilot-Hosen</b>	sonst 3.—	3.50	4.25	4.50	4.75	5.50 Mk.
	jetzt 1.95	2.35	2.80	2.95	3.35	4.00 Mk.
<b>Braune Leder-Hosen</b>	sonst 2.50	3.50	4.50	4.75	5.25	5.75 Mk.
	jetzt 1.60	2.35	2.95	3.15	3.50	4.25 Mk.
<b>Bedruckte Leder-Hosen</b>	sonst 3.25	3.75	4.75	5.25	5.75 Mk.	
	jetzt 2.25	2.65	3.35	3.75	4.25	Mk.
<b>Manchester-Hosen</b>	sonst 4.25	5.—	5.75	7.50	7.75 Mk.	
	jetzt 2.95	3.65	4.50	5.75	6.25	Mk.
<b>Sommer-Wasch-Hosen</b>	sonst 1.95	2.25	2.75	3.50	3.95	4.50 Mk.
	jetzt 1.15	1.55	1.95	2.25	2.50	3.10 Mk.
<b>Buckskin-Hosen</b>	sonst 3.50	5.50	6.50	8.50	10.—	12.— Mk.
	jetzt 2.35	3.50	4.90	6.50	7.25	8.50 Mk.

Restbestände:  
 Parend-Hemde • Blaue Arbeits-Jacken  
 Regatta-Hemde und Kittel  
 Hüte und Mützen  
**jetzt enorm billig.**

Weisse Herren-Westen  
 Farbige Herren-Westen  
 unter Einkaufswert.

**Weisse Maurer-Hosen** verkaufen wir zu **Spottpreisen.**

**Gratis-Artikel** schon bei einem Einkauf von 3 Mk. **Gratis-Artikel.**

# Warenhaus Hansa

A. Wagner & Co.

## Deutscher Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Verpätet.

### Nachruf.

Hierdurch teilen wir unseren Mitgliedern mit, daß unser Mitglied

### Wilhelm Faßmann

aus unseren Reihen geschieden ist.

Wir rufen demselben ein „Ruhe sanft!“ nach.  
 Lübeck, den 29. Mai 1905.

Die Ortsverwaltung

Dauaufsagung.

Für die rege Teilnahme und reiche finanzielle Hilfe beim Begräbnis unserer ungeliebten Tochter Elsa sagen wir hiermit unsern tiefgefühltesten Dank.

P. Mix und Frau.

Frau Mewius zu ihrem heutigen Geburtstage ein dreimal donnerndes Hoch  
 Nur rate mal. s u i w e R

Ein junges Ehepaar sucht zum 1. Juli eine f. Zweifamilienwohnung.  
 Ang u W L 40 an die Exped d Bl

Gesucht ein kleiner Laden oder leeres Partierzimmer, passend als Schuhmacherwerkstatt.  
 Ang. u. W 50 an die Exped d Bl.

### Malergehilfen und Anstreicher

sucht

H. Benthien, Wafenismauer 7. 1.

Gesucht sofort ein

### Barbierlehrling

Angebote unter M an die Expedition d. Blattes.

Gesucht per sofort tüchtiger, ordentlicher Arbeiter, welcher schon im Holzproduktengeschäft gearbeitet hat  
 J. S. Kleve, Wengstraße 20/22

### Gesucht ein Laufjunge

außer der Schulzeit

Spenske, Dornestraße 18 a.

### Guterhalter Kinderwagen

billig zu verkaufen

Margarethenstraße 2.

### Ein guterhaltener Sportwagen

billig zu verkaufen

Wafenismauer 194

### Ein noch guterhaltener Kinderwagen

zu verkaufen

Büderstraße 10

### Ein Bugänger zu verkaufen.

C. Jürgens, Schwartau-Kaltenhof.

Verloren am Montag von Warendorferstraße bis Friedenstraße ein Paket, enthaltend ein Paradehandtuch. Morgenfund hat Gold im Mund.  
 Abzugeben Segebergstraße 22.

Derjenige, welcher am Kai-Fest den Biertrah bei Gutse mitgenommen hat, ist erkannt und wird erjacht, denselben abzugeben bei Fasse

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig.

Verleger: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

# Uff!!

Besseres gibt es nicht bei der Hitze wie gute Buttermilch; dieselbe ist nahrhaft, billig und löst den Durst sicher.  
 In unieren 20 Verkaufsstellen, Wagen (auf rechtzeitige Bestellung auch nachmittags) zu haben.  
 Vom Bahn à Liter 8 Pfg., in Flaschen ca. 10 Str. 5 Pfg.

Hansa-Meierei.

## Bibliothek des praktischen Wissens.

- Nr. 1. Die Kunst der Rede, Mk. 1.
- Nr. 2. Das Ehe- und Familienrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 3. Das Vormundschaftsrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 4. Das Erbrecht und die Testamente, Mk. 0.75.
- Nr. 5. Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter, Mk. 0.75.

Zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 50.

## Der Milchgarten wird eröffnet Simmelfahrt.

Didmilch, Schlagrahm in Biskuit, Vanille, Eis. Trilmilch aus Kontrollstall und pasteurisierte Milch (Flaschen). Milch in Gläsern, Kakaomilch. Belegte Brötchen mit Käse und Schinken Kaffee Selbstgebackene Waffeln Dienstags und Sonntags. Montags und Volksfesttage geschlossen.

## Hansa-Meierei.

Mittwoch:

Primo **Biegenfleisch** Pfd. 30 Pfg.  
 junges Markthalle Stand 35.

Pa. frisches Rehfleisch à Pfd. 25 Pfg.  
 W. Holst, Bäckerstraße 13a.

Die beste Hofbutter kostet von heute ab das Pfund nur 1 Mk. 10 Pfg.  
 Heinr. Wischendorf, Königstraße 88.

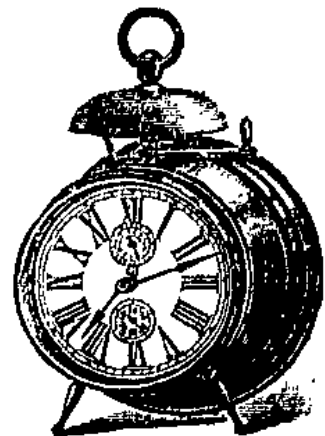
Jeden Dienstag und Freitag von 5 Uhr an:

**ff. Eimerbier**  
 Heinrichstraße bei Kaufmann Gieseler.  
**St. Lorenz-Brauerei**  
 Nebenhofstraße 12.

Jeden Dienstag und Freitag von 5 Uhr an:

**ff. Eimerbier**  
 Wickedestraße 42.  
 St. Lorenz = Brauerei.  
 Nebenhofstraße 12.  
 Die geruchlosen

**Priester-Hölzer**  
 (D. R. P. Nr. 90930 und 116955)  
 sind die besten!  
 Man fordere deshalb stets die geruchlosen  
**Priester-Hölzer**  
 Ausnahme-Tag.  
 Jeden Mittwoch auf 1 Pfd. Margarine 2 Eier gratis.  
 Debenau 20.



**Billige**  
 Reparaturwerkstatt.

Federn . . . 1.50  
 Taschenuhr reinigen . . 1.50  
 1 Jahr Garantie.

## Ernst Gentzen

Königsstraße 62, bei der Hüxstraße.

## Turnhallen-Bauverein

zu Lübeck (e. V.)

Mitgliederversammlung am Mittwoch den 31. Mai  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
 Tages-Ordnung:  
 Abrechnung vom Unterhaltungsabend.  
 Verschiedenes.  
 Nichtmitglieder als Gäste willkommen  
 Der Vorstand.

Ausserordentliche General-Versammlung der Kranken- u. Sterbekasse „Amicitia“ am Sonnabend den 3. Juni  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
 Tages-Ordnung:  
 Statuten-Änderung.  
 Um zahlreiches Erscheinen erjacht  
 Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahr.-Verein Lübeck.  
 Gegründet 1894.

Am 1. Juni (Simmelfahrtstag):  
**Tour nach Cronsforda.**  
 Abfahrt morgens 7 Uhr vom Vereinshaus.  
 Der Vorstand.

**Stadt-Halle.**  
 Mittwoch: Abonnements-Vorstellung 22.  
 Zu halben Preisen!  
 Letzte Wiederholung von:  
**Kettenglieder.**  
 Ein fröhliches Spiel am häuslichen Herd.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.  
 Bogen 1 50, 1. Partett 1 Mk., 2. Partett 50 Pf.



## Fünfter Deutscher Gewerkschaftskongress.

(Eigener Bericht des „Lüb. Volksb.“)

Böln, den 25. Mai 1905.

Vormittags-Sitzung.

Kurz nach 8 Uhr eröffnet Begien die Sitzung und stellt zum Korreferat über „Arbeitskammern oder Arbeiterkammern“ dem Korreferenten

Reichstagsabg. D. Hue, Essen das Wort: Wollte jemand fragen, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern prinzipiell richtig seien, so würde ich zweifellos antworten, daß es sich um eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit hier überhaupt nicht handelt. Aber charakteristisch ist es doch, daß der „radikalere“ Gewerkschaftskollege Umbreit für paritätische Arbeitskammern eintritt, ich hingegen, den man für mehr paritätisch, mehr praktikabel hält, für reine Arbeiterkammern. Das könnte denen zu denken geben, die die Gewerkschaftskollegen oder die Parteigenossen in die Gruppe der Revisionisten einzuschickeln beliebten. Denn auch in der sozialdemokratischen Front ist die Spaltung ganz analog. Aus keiner Entscheidung dieses Kongresses könnte jedenfalls eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften entstehen. Es handelt sich um eine rein praktische Frage: Der Gewerkschaftskongress kann beanspruchen, zur Frage der Arbeitervertretung als durchaus kompetente Stelle gehört zu werden; und ich zweifle nicht, daß v. nach seiner Entscheidung auch die Fraktion den von ihr eingebrachten Vorschlägen zu ändern bereit sein wird. — Man glaube nicht, daß die neutralen Gewerkschaften auch für Arbeitskammern eintreten müßten. Ich bin „neutral“, weil ich glaube, daß schließlich alle Arbeiterorganisationen Arbeiterpolitik in sozialdemokratischer Richtung treiben werden. Aber Umbreit ist diesmal hinter die Anschauungen zurückgegangen, die längst von den Hirsch-Dunderschen zum alten Eisen geworden sind. (Sehr richtig!) Man sieht, wie wenig dazu gehört, durch irgend welche vringende Argumente zu den bösen Sünden geworfen zu werden, die uns zu der nicht oft und genau genug vorgemalten Besumpfung führen. (Sehr gut!) Ich könnte mich bei der Widerlegung Umbreits auf den reinen Klassenstandpunkt beschränken. Und ich glaube, dieses Argument würde hier auch bei den Leuten verfangen, denen man sonst einen Radikalfundament nachspricht und die man gewerkschaftliche Rechenmaschinen nennt. (Heiterkeit.) Aber ich kann an Umbreits eigenen Worten nachweisen, wie stark er sich von Illusionen leiten läßt. Er meint, es werde nicht schwer sein, für die Arbeitskammern genügend befähigte Arbeitervertreter zu finden. Aber das sollte doch gerade das Argument der scharfmacherischen Feinde der Arbeiter sein, daß diese nicht fähig seien, selbständig Arbeiterkammern zu leiten. Umbreit sagte, Arbeiterkammern seien das allermindeste, was wir forderten. Ich hatte gedacht, Arbeitskammern seien das mindeste. Ich hatte gedacht, die prinzipielle Forderung seien Arbeiterkammern. Arbeitskammern seien schon eine bedeutende Konzession an das Unternehmertum. Und in der Tat, selbst Professor Hise, selbst der ehemalige Staatsminister v. Berlepsch, selbst der Privatdozent Dr. Harms, vielleicht der hervorragendste Kenner dieser Materie, halten die Arbeitskammern für das Ideal und ziehen sich nur mit Mühseligkeit auf die ihnen unüberwindbar scheinenden Widerstände auf Arbeiterkammern zurück. Freilich, wenn man mit dem Genossen Umbreit glaubt, die Apostel des sozialen Friedens würden von den Unternehmern in diese paritätischen Arbeitskammern gesandt werden, wenn man glaubt, der normale Zustand zwischen Arbeitern und Unternehmern sei der Friede, dann mag man für Arbeitskammern eintreten. Aber einen solchen Glauben habe ich in Israel noch nicht gefunden. (Heiterkeit.) Nicht einige Scharfmacher schaffen doch die ganze Struktur des Wirtschaftslebens, und

mancher Unternehmer muß heute aus wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus wider seinen Willen z. B. dem ihm unbequemeren Kohlenhändler angehören. Nicht die Bosheit oder die hervorragende Intelligenz einiger Scharfmacher ist es heute unter den Unternehmern überwiegen: Die ökonomische Entwicklung schafft die Reibungsfläche zwischen Kapital und Arbeit. Etwas mehr historischen Materialismus könnte man dem Genossen Umbreit empfehlen. Nicht wie Freese vom Unternehmerstandpunkt aus gesagt, die größten Schwachmalküsse werden von den Unternehmern in die paritätische Interessenvertretung gesandt werden, sondern wie auch von uns, die intelligentesten, besten und schärfsten Interessenvertreter. Lebt denn den Genossen Umbreit Saarabien, lehrt ihn der Wahlrechtsraub in Hamburg gar nichts?

Ich lege großen Wert auf die reinen Arbeiterkammern, selbst wenn man ihnen keinerlei öffentlich-rechtliche Verwaltungsfunktionen überträgt, selbst wenn man ihnen nicht einmal die Wahl der Arbeitergehilfen bei der Unfallversicherung und dergleichen überträgt. Auch ohne das könnten die Arbeiterkammern die öffentliche Meinung durch Statistiken und Gutachten auf dem laufenden erhalten, dem Reichstag anstelle der jetzigen nichtamtlichen Verdächten in grünen Umschlägen, anstelle der Gewerkschaftsdeputierten, gleichwertiges statistisches Arbeitermaterial liefern. Dann wäre der saarabische Prozeß ebenso unmöglich gewesen, wie die Untersuchungskommission nach dem Bergarbeiterstreik, die die Bergarbeiter noch unvergleichlich mehr erbittert hat. (Sehr wahr! bei den Bergarbeitern). Wie wertvoll wäre es, den schöngefärbten Vorkämpfern der Handelskammern einmal aufrichtige, wahrhaftige entgegenzustellen. — Umbreit glaubt, daß die Regierung sich zu Gunsten der Arbeitskammern Gott weiß welche Machbefugnisse erläutern werde. Solchen Glauben habe ich in Israel noch nicht gefunden. (Große Heiterkeit.) Denn das könnte Umbreit schon aus der Geschichte Meddensburgs von Fritz Reuter lernen: „Watt rener hält, dat hält he.“ (Große Heiterkeit.) Im übrigen habe ich gar nichts gegen Arbeitsämter, Gewerbräuer, die aus den reinen Klassenvertretungen zusammengesetzt sind, und eigentlich besteht also zwischen Umbreit und mir gar kein Streit. (Gr. Heiterk.). Die paritätischen Arbeitskammern in Belgien, Frankreich und Holland haben die auf sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt: wohl aber haben die — noch nicht einmal amtlich anerkannten — Arbeiterkammern die Gewerkschaftsbewegung trefflich vorwärts gebracht, wie eine Art Gewerkschaftskartell. In Frankreich tritt gerade ein Unternehmervertreter, der Senator Verenger, im Genosien zu den Gewerkschaften für das direkte Wahlrecht zu den Gewerkschaften und Einigungsämtern ein. Auch Genosse Umbreit empfiehlt das direkte Wahlrecht des korporativen Wahlrechtes, weil er hofft, daß dadurch die kleineren und mittleren Unternehmer in die Arbeitskammer hineinkämen. Aber die Innungen sind vielleicht noch reaktionärer und arbeiterfeindlicher als die Großen. Die Woge der Arbeiterfeindschaft neigt sich tief auf die Seite der Innungsmeister. (Sehr wahr!) Zweifellos aber wird das Wahlrecht zu den Unternehmervertretungen nach der Größe und Bedeutung des Betriebes abgestuft werden. Nicht jeder Klempnerkauter wird das Wahlrecht von Krupp oder Haniel haben. Aber die Unternehmer besitzen überhaupt schon längst in der Hand, in den Gewerkschaften, in den Handwerkerkammern Institute, die nach dem Gesetze reine Interessenvertretungen sind. Wenn die Handelskammern seit 40 Jahren rein das handeltreibende Unternehmertum vertreten, ist es da nicht beschämend, entwürdigend, wie bescheiden heut noch die Arbeiter sind, wenn sie reine Arbeiterkammer als unerreichbares Ideal hinstellen. (Sehr wahr!) Sollen wir wirklich dem Unternehmertum noch eine neue Vertretung schaffen? Die Resolution Umbreit spricht in der Einleitung selbst von der gesetzlichen Anerkennung der Arbeitervertretung. Aber die paritätischen Arbeitskammern sollen nur mit einer Scheinvertretung das Stürmen und Drängen der Arbeiterchaft noch einer gesetzlichen Arbeitervertretung abfüttern. Wir

haben hier nicht Eventualanträge zu stellen, sondern prinzipiale. Was hinterher herauskommen wird aus den Kompromissen der Regierung und der Parteien, das kann doch niemand wissen. Wenn eine sehr große Notwendigkeit kommt, wird das Zentrum sich vielleicht nicht bewilligen lassen müssen. (Große Heiterkeit.) Wir aber haben hier nur Klipp und klar unsere Forderungen auszusprechen. Man glaube Umbreit einen besondern Trumpf anzuspüren, als er die Stellung der „Arbeitergezeitung“ gegen die Arbeitskammern erwähnte. Aber ich halte diese Redaktion wirklich nicht für das Höchste in der Vertretung der Arbeiterinteressen. Die Geister, die die Unternehmer gerufen haben, werden sie nicht mehr los. Aber auch die Söhner und Förderer der christlichen Gewerksvereine haben nicht gedacht, daß diese 1905 in den Tagesfragen solch eine Stellung einnehmen würden. (Große Heiterkeit, auch bei den anwesenden Vorstandsmitgliedern der christlichen Gewerksvereine, zu denen Hue teilweise spricht.) Nach dem Umbreitischen Argument mit der „Arbeitergezeitung“ dürften wir ja auch nicht mehr streiten, seit Berggrat Hilger 1889 für den Streit agitiert hat. (Heiterkeit.) Jurist: Es war bei ihm nur ein falscher Zungenstoß! Nein! Nein! Er hat ja sogar das Streitlied mitgegeben. (Große Heiterkeit.) In Umbreits Argumenten klang es durch, als ob wir uns leichter mit den Unternehmern verständigen könnten, als mit den anders organisierten Arbeitern. Aber die Arbeiter sind Fleisch von unserem Fleisch, haben gleich uns alle Drangale des Arbeiterstandes erduldet. Die Sonderorganisation nimmt ihnen nicht den Charakter als Klassengenossen. Lebhaftige Zustimmung: Die Auffassung Umbreits ist eine beschämende Verleugnung des Klassenkampfprinzips. Aber Demagogie zum Trotz ging im Bergarbeiterstreik die proletarische Massenbewegung einheitlich ihre Bahn. Es kann für alle Arbeiter nur vorteilhaft sein, wenn sich die verschiedenen Organisierten in den Arbeiterkammern verstehen lernen und so zu der einheitlichen Organisation kommen, die die Unternehmer schon längst haben. Wenn ich schon Harmoniebüfeler sein soll, will ich lieber mit christlichen Arbeitern als mit den Unternehmern Harmonie bufseln. Ist es doch in meiner Heimat oft der reine Zufall, der den Arbeiter in diese oder jene Organisation führt. Den Demagogen in München-Blaback ist niemand verhasster als der Harmoniebüfeler Hue. (Widerpruch bei den Christlichen.) Man muß schon große Parteilichkeiten tragen, um nicht die Vorteile des Zusammengehens zu sehen.

In den reinen Arbeiterkammern werden die Klassengenossen nach eingehender Aussprache einen einheitlichen Standpunkt gewinnen. In den Arbeitskammern genügt ein Schwacher, ein einziger Bock, um den Unternehmern die Majorität zu verschaffen. Dann werden die Gutachten gegen uns ausgenutzt werden und darum lieber keine Arbeitervertretung als diese paritätischen Scheinkammern. (Bravo!) Auch die Hirsch-Dunderschen haben sich mit großer Mehrheit für die Arbeiterkammern ausgesprochen. Umbreit meint, das sei ein Ausfluß der Düsseldorf-Regierung. So hoch ich die Intelligenz und unermüdbare Energie der Düsseldorf-Regierung schätze, so halte ich diesen Entschluß doch für eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, hinter der Rog Hirsch allerdings um 50 Jahre zurück geblieben ist.

Sollen wir hinter den Hirsch-Dunderschen zurückbleiben und nicht Arbeiterkammern fordern? — Aber gleichviel, abgesehen von der amtlichen Befähigung sind und bleiben die Gewerkschaften die beste Interessenvertretung der Arbeiter. Ohne starke Berufsorganisation hängen alle Arbeitervertretungen in der Luft, bleiben Dekorationen. Wollen Sie gute Arbeitervertretungen, so sorgen Sie dafür, daß möglichst bald die zweite Million freigewerkschaftlicher Arbeiter beisammen ist. (Lebhafter Beifall.)

Der Korreferent empfiehlt folgende Resolution:

„Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erwartet von der Reichsregierung die Schaffung von Arbeiterkammern als gesetzlich anerkannte Arbeitervertretungen. In den paritätischen Arbeitskammern kann der Kongress keine Einricht-

## Der Geringe.

Reizroman von Friedrich Thieme.

40. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten)

Das Schreiben Hoballs lautete weiter:

„Vergebens grubelte ich darüber nach, wie ich mir aus dem Abgrund, der sich finster vor mir öffnete, wieder aufwärts zum Licht helfen könne. Zwei Dinge betrachtete ich als das Schicksal auf der Erde: Armut und einen schimpflichen Bankrott — ich wäre lieber gestorben, als zu jenen Elenden hinabgesunken, die nichts sind und nichts haben und nichts gelten in der Welt!

Wenn ich nur eine größere Summe aufzutreiben vermocht hätte, so hätte, schmeichelte ich mir, mein organisches und kommerzielles Talent alle Verluste wieder wett gemacht und das Gerücht von meinem großen Reichtum, das schon seit Jahren eine Lüge geworden, aufs neue bestätigt. Meine Schwester besaß ein ziemlich bedeutendes Vermögen — aber auch sie hielt mich für einen reichen Mann, und ich wagte lange nicht, ihren Glauben an mich zu erschüttern. Die Not bezwang meinen Stolz; zuerst suchte ich sie durch das Versprechen eines großen Erbwilms zu locken und nahm die Wunderliebe zum Vorwand meiner Anerbietungen — umsonst, meine Versuche prallten ab an dem bescheidenen und ängstlichen Sinn der Unglücklichen, die sich lieber mit wenigen Progenien begnügen, als Tag und Nacht um ihr Hab und Gut zittern möchte. Bögernd begann ich mich ihr nach und nach zu entziehen. Meine Entschlüsse erregten und beängstigten sie, aber meine Bitte, sie möge mir helfen, traf auf taube Ohren. Von Bitten kam es zu Vorwürfen, erregte Auseinandersetzungen fanden statt. Auf meine Frage, warum sie sich meinen Beschreibungen verschloß, erwiderte sie mir endlich, sie habe für ihr Vermögen eine besondere Bestimmung und dürfe sich nicht der Gefahr aussetzen, es zu verlieren. Und wenn sie es mir anvertraue, würde es sicher

verloren sein; ihr Opfer würde mich nicht retten, sie aber zur Bettlerin machen. Meine Frage, was für eine besondere Bestimmung das sei, beantwortete sie nicht.

„Ich hatte mich bis dahin als ihren einzigen Erben betrachtet, falls sie, was bei ihrer Krankheit dem Laufe der Natur noch zu erwarten war, eher sterben würde als ich. Zum erstenmal kam mir jetzt der Gedanke, daß sie am Ende gar beabsichtige, zugunsten einer wohlthätigen Stiftung zu testieren, und ebenfalls zum erstenmal durchdrachte mich blitzartig der Gedanke, sie zu beseitigen. Ich schüttelte ihn eben so schnell wieder ab, mit Abscheu und als die Ausgeburt einer durch Sorgen und Peinigungen erkrankten Phantasie, aber wieder und wieder kam er und zeigte mir den einzigen Weg zur Wiederherstellung meiner Position und zur Rettung meiner vor dem Sturz stehenden Ehre.

„Schließlich hemächte es sich meiner wie eine fixe Idee. Tag und Nacht beging ich in Gedanken und Träumen die entsetzliche Tat. Ich konnte mich nicht mehr befreien von der fürchterlichen Absicht. Und immer mehr drängten die Verhältnisse — ich mußte es tun oder untergehen! Mein Unken suchte mir den Kapitän Morrell in den Weg, aber wie kein wirklicher Name lautet, den ehemaligen Kaufmann und Expedienten Ottomar Stod. Er bekehrte vor etwa zwölf Jahren bei mir den Posten eines Buchhalters und Privatsekretärs. Ich mußte ihn damals fortjagen, weil er mich betrog, obwohl er sonst ein brauchbarer Mensch war. Eines Morgens suchte er mich auf, abgerissen, heruntergekommen, elend, um an meine Humanität zu appellieren. Mein erster Impuls war, ihm die Tür zu weisen. Da fing er an, von einem Unfall zu erzählen, der ihm begegnet sei — er habe ein Auge eingebüßt.

„Diese Bemerkung reizte meine Neugier. Er sah vor mir mit zwei anscheinend gesunden Augen. „So haben Sie wohl ein Glanzauge?“ fragte ich ihn.

„Ja,“ erwiderte er und nahm es vor meinen Augen heraus.“

„Das hätte ich nicht gedacht“, sagte ich höchst verwundert.

„Niemand sieht es“, antwortete er, „es ist außerordentlich künstlich gemacht.“

„Wo haben Sie es denn verloren?“

„In Rio de Janeiro durch einen unglücklichen Fall auf einen Stein.“

„Ich ließ mir die näheren Umstände erzählen, erkundigte mich weiter nach seinen Schicksalen. Er war mehrere Jahre in Amerika gewesen, war weit herumgekommen. Natürlich sagte er mir nicht alles. Ich erriet aus manchem seiner Worte, daß er sicherlich auch mit den Gefängnissen dieses jenseits sowie jenseits des Ozeans Bekanntschaft gemacht hatte. Seine Miene drückte eine zu allem Bösen berechtigte Entschlossenheit aus. Sein Ausblick wirkte in mir eine eigenartige Ideenassoziation, zunächst noch unbestimmter Art, aber doch bereits ausgeprägt genug, mich zu veranlassen, ihm einige Taler zu schenken und ihn aufzufordern, in einigen Tagen noch einmal wiederzukommen, da ich ihm noch eine Zusage zu machen gedächte.

„Weiß jemand hier von Ihrem Auge?“ forschte ich noch, als er gehen wollte.

„Nein.“

„So halten Sie den Umstand lieber geheim — er könnte Ihnen hinderlich sein, wenn Sie — wenn Sie sich um irgend einen Erwerb bemühen.“

„Ganz recht.“ Er blinzelte mich pfiffig an. Der schlaue Bursche hatte erraten, daß ich irgend eine Arbeit für ihn hätte. Wir verstanden uns bereits, bevor ich mich ausgesprochen.“

„Der Zufall sandte mir ein brauchbares Gefäß — ich war bereits so weit gelangt, die Gelegenheiten beim Schopfe zu erfassen. Er kam wieder. Ich jondierte erst vorsichtig. Er wurde vertrauter, ließ durchblicken, daß er mir gern gefällig sein würde und daß er nicht krumpelnd sei. Endlich zog ich ihn ins Vertrauen. Er schandete zurück. Auf



ungen erblickt, die den Arbeiterstandpunkt unverfälscht zum Ausdruck bringen. Die Arbeiterkammern sollen berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten Gutachten zu erlassen, Beschwerden zu führen bei der Veranlassung von Enquêtes und arbeitsstatistischen Aufnahmen, insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterlohges, sowie an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken.

Der Kongress erblickt in dem geplanten Anschluß solcher Arbeitervertretungen an die Gewerbebehörden nur den Zweck, die Wirksamkeit dieser Organe zu verkleinern und eine Vertretung der weiblichen Arbeiterschaft auszuschließen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterklasse in Reich und Staat zu gewährleisten, verweist der Kongress diese, wie jede andere Lösung, die der Schaffung selbständiger Arbeiterkammern entgegensteht.

In der Diskussion erklärt Reichstagsabg. Dr. v. n. im Namen der Metallarbeiter, daß sie von den Argumenten Hues nicht überzeugt worden seien. Es handle sich um eine reine Doktorfrage, und da sei es sehr schwer zu begreifen, weshalb Hues mit solcher Schärfe gegen Umbreit polemisiert habe. (Sehr richtig!) Eigentümlich sei es, daß Hues ihm Kompromißsucht vorwarf. Hues, der eben von der Siebenerkommission mit ihren Telegrammen an den Reichskanzler herkomme. Wunderlich sei auch sein Lob der Hirsch-Dundarischen, für die im Reichstage ein Herr Dr. Müggen für reine Arbeiterkammern eingetreten sei. In der Tat handle es sich bei den Arbeitskammern um ein Kompromiß. Aber ist nicht das ganze Leben ein Kompromiß? (Heiterkeit.) Die Reichstagsverhandlungen, die Einigungs-Verhandlungen vor den Gewerbebehörden, die ganze Tätigkeit eines Gewerkschaftsführers — das alles ist ein Kompromiß, ein Schwärzen und Feilschen das ganze Jahr hindurch. Erhalten wir reine Arbeiterkammern, so gibt es auch reine Unternehmerkammern, die bisher nicht vorhanden sind, da Handwerker- und Handwerkskammern wenig Bedeutung haben. (Widerspruch.) In paritätischen Vertretungen läßt sich manches erreichen. Nebenbei erinnert daran, daß die Unternehmervertreter im Ausschuß des Berliner Gewerbegerichts mit den Arbeitern gegen die Buchhandlungsabgabe protestiert hätten.

M. a. s. i. Berlin (Buchdrucker) wendet sich gegen Umbreit. Seine Hoffnung, daß paritätische Kommissionen allgemein für Tarifverträge sorgen würden, sei irrig. Nur die Macht der Organisationen bringe Tarife zu Stande. Mit gewissen Kommissionen lasse sich auch nicht für die Erweiterung des Koalitionsrechts, für Erweiterung der wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter eintreten. Das können nur reine Arbeiterkammern. Nur sie werden für Verkürzung der Arbeitszeit wirken, nicht aber paritätische Vertretungen. Selbst wenn man annehmen wollte, daß hier und da ein sozialgeschwängelter Unternehmer (Heiterkeit) in der Arbeiterkammer säße, bei ernstlichen Konflikten würde er von seinen Kollegen fortgeblasen werden. (Sehr richtig!)

Deinhardt-Stuttgart (Holzarbeiter) lehnt es ab, zu den Neutralitätsbüros oder Bernsteinianern gezählt zu werden, wenn er für Arbeiterkammern eintritt. Die sozialdemokratische Partei hat in dieser Frage kein Dogma aufgestellt. In verschiedenen Landesparlamenten haben, als die Frage aktuell wurde, sehr unentwegte Parteigenossen für Arbeiterkammern sich erklärt. Zur Vertretung von Arbeiterinteressen sind eben nur Arbeiter fähig. Willkommen wir keine Arbeiterkammern, so verzichten wir lieber ganz darauf. (Beifall.)

Heimer-München (Zimmerer): In Arbeiterkammern mag ja der reine Arbeiterstandpunkt prägnanter zum Ausdruck kommen. Aber was wird damit erreicht, daß dieser Standpunkt immer wieder zum Ausdruck kommt? (Widerspruch.) Wir wollen etwas mehr, wir wollen für die Arbeiterschaft Vorteile auf allen Gebieten erlangen. Das können wir am besten in paritätischen Kommissionen, weil wir dort auf diejenigen, die das Heft in Händen haben, Einfluß ausüben können. (Widerspruch und Zustimmung.) Wenn die Unternehmer uns gegenüberstehen, dann unterlegen sie häufig unserer Suggestion. (Widerspruch. Rufe: Eher umgekehrt.)

Silberstein-Berlin (Maurer) tritt für Arbeiterkammern ein. In Arbeiterkammern würden die Wünsche der Arbeiter so geäußert werden, daß sie, wenn sie in die Öffentlichkeit kämen, nicht mehr wieder zu erkennen seien. Die Erfahrungen mit Arbeitervertretern in Ortskrankenkassen in der Provinz zeigen, daß sie häufig dem Einfluß der Unternehmer unterliegen. Auch in manchen Arbeiterkammern würden einzelne Arbeitervertreter aus Furcht vor Hunger und Ent-

lassung mit ihrer wahren Meinung zurückhalten. (Sehr richtig!)

Weidner-Frankfurt a. M. (Holzarbeiter) und Weidner-Offenbach (Portefeuller) treten für Arbeiterkammern ein, ebenso Polony-Bildau (Vergarbeiter), während Reichel-Stuttgart (Metallarbeiter) unter Berufung auf den Mangel eines Verständigungsorgans im Vergarbeiterkreise für Arbeitskammern entseidet. Als letzter Redner stellt sich Albrecht-Berlin (Gärtner) vollkommen auf Hues' Standpunkt. Die Referenten erhalten morgen früh das Schlusswort. Die Abstimmung wird namentlich sein. Danach Mittags. — Heute nachmittags findet die Rheinfahrt statt. — Schluß 11 1/2 Uhr.

## Soziales und Partelleben.

Die Lithographen und Steindrucker in Stuttgart haben am 26. Mai ihre Kandidaturen eingereicht. Bezug ist fernzuhalten!

Der Letzte! Wie wir schon kurz berichteten, ist nun auch der Letzte der im Abbauer Prozeß zu unerhört schweren Strafen Verurteilten, der Bauarbeiter Zwahr, aus dem Zuchthaus in Waldheim entlassen worden. Er war der am härtesten Verurteilte, 10 Jahre sollte er hinter Mauermauern büßen für eine Verfehlung, die sonst mit kleinen Gefängnis- oder gar Geldstrafen gelüht wird, wenn überhaupt ein Kläger ersticht. Die übrigen acht Verurteilten bedachte indes Kronmohlsche Urteil, das in der ganzen zivilisierten Welt ungeheures Aufsehen und in allen Volksteilen tiefste Empörung hervorrief, mit 4 Jahren Gefängnis bis zu 9 Jahren Zuchthaus. Insgesamt wurden 53 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Gefängnis über die neun Arbeiter verhängt, die sich, schwer gereizt von einem brutalen Unternehmer, im Horn hinsetzen ließen. Landfriedensbruch konstruierte man aus einem gewöhnlichen Krawall, wie sie alle Tage im Leben vorkommen, ohne daß meistens großen Aufsehen davon gemacht wird. Und nur besondere Nebenstände führten das Gericht zu einer Auffassung, der dann jenes in seiner Art einzig bestehende Urteil entsprang, das auch in bürgerlichen Kreisen als ein Massenurteil bezelugnet worden ist. Die Opfer jenes Prozesses sind alle vorzeitig durch Gnadenakte, unter Erlass eines großen Teiles der Strafe, der Freiheit wiedergegeben worden. Zwahr hat mit der Untersuchungshaft — von der den Verurteilten nichts auf die Strafe verrechnet wurde! — beinahe sieben Jahre im Zuchthaus zugebracht. Nichtig 3 1/2 Jahre wurden ihm erlassen unter Anwendung sogenannter Bewährungsfrist. Er darf sich bis zum Termin des eigentlichen Ablaufs der Strafezeit nicht das geringste gegen Behörden, Gefolge usw. zu schulden kommen lassen. Sonst hat er zu gewärtigen, die Strafe doch noch voll verbüßen zu müssen. Es ist also eine Art bedingter Begnadigung. Durch diese vorzeitigen Entlassungen ist jenes Urteil etwas korrigiert, gemildert worden. Und die öffentliche Meinung dürfte daran ein gewisses Verdienst haben. Mit der Entlassung des letzten der Abbauer Verurteilten hat dieses Justizdrama des Klassenstaats sein Ende gefunden. Vergessen wird es niemals werden!

## Aus Mag und Fern.

Selbstmord im Zuchthaus. In der Strafanstalt zu Wolfenbüttel erhängte sich dieser Tage ein zu mehrjährigem Zuchthaus verurteilter Sträfling mit einem Handtuch. Seine Strafezeit wäre am nächsten Montag beendigt gewesen. Die Furcht, in seinem weiteren Fortkommen gehindert zu sein und wieder auf die Verbrechensbahn gezwungen zu werden, haben den Bedauernswerten zum Selbstmord veranlaßt.

Ultramontane Milch. Ein Brautpaar, welches Hochzeit machen wollte, bestellte bei dem Milchhändler Niewels in Dorfsfeld die Milchlieferung zum Hochzeitsfeste, welche auch zugesagt wurde. Als man dann am Tage vor der Feier noch einmal wegen der Milchlieferung vor sprach, wurde die Milch verweigert, weil der Bräutigam, welcher katholischer Konfession ist, sich evangelisch trauer lassen wollte und solches auch getan hat. Wenn der Milchhändler Niewels nun konsequent sein will, darf er in Zukunft nur an katholisch getraute Familien Milch liefern. Ferner er darf in Zukunft nur von den Landwirten Milch beziehen, die Kühe mit ultramontaner Gessinnung besitzen.

Die Heiligkeit der Familie wurde wieder einmal durch eine Verhandlung, die am 23. Mai die Strafkammer des Landgerichts in Erfurt beschäftigte, grell beleuchtet.

Als Ehebrecher mußte der in Straßburg 1862 geborene Hauptmann a. D. v. Cartenberg, früher im Grenadierregiment Nr. 7, auf der Anklagebank Platz nehmen. Es war die alte Geschichte, erst die Frau eines Kameraden verführt und dann ein Duell. Der Stadtkarst Scholz vom babilischen Infanterieregiment Nr. 111 zog nach China, um dort den Vizekönig zu lehren, seine Frau ließ er dahel. Dem Herrn Hauptmann schenkte diese bald Gehör, aus dem freundschaftlichen wurde ein intimes Verhältnis. Nach der Rückkehr erfuhr der betrogene Gatte die Geschichte. Ueber die Stellvertretung des Herrn Hauptmann nicht sehr erfreut, kam er mit ihm in einen Wortwechsel. Nach den in Offizierskreisen geltenden Ehebegriffen konnte die beleidigte Ehre nur durch ein Duell wieder repariert werden. Der Stadtkarst forderte den Herrn Hauptmann auf Bisolen. In der Nähe von Erfurt ging die Schießerei vor sich, wobei der Stadtkarst schwer verwundet wurde. Da die intimen Geschichten einer solchen Eheverung nichts für die Öffentlichkeit bieten, wurde dieselbe während der Verhandlung ausgeschlossen. Vom Staatsanwalt wurden 4 Jahre Festung beantragt, der Gerichtshof schätzte den Fall aber etwas milder ein, so daß der Herr Hauptmann a. D. zwei Jahre je sechs Monate ein fideles Gefängnis auf einer Festung beziehen kann — wenn er nicht in kurzer Zeit begnadigt wird.

Im Totenhause. Der „Babilisch-pfälzischen Volkstanz“ wird aus einem kleinen Ort in Baden mitgeteilt, der dortige Kaplan habe einem Schüler wegen einer geringen Verfehlung erst sechs schwere Streiche, sogenannte „Lagen“, auf die Hände gegeben und ihn dann in die Totenkammer sperren lassen. Wörtlich heißt es in dem Bericht: Nachmittags 3 Uhr erschien in der Schule der Polizeibeamte des Ortes auf Veranlassung des Kaplans, um den kleinen Schüler zu holen. Der Knabe sollte in den Detektor (sogenannte Armenkammer), der seit jeher als Totenkammer für Aufbewahrung der Leichen von Selbstmördern dient, eingesperrt werden. Der Vor Argi in Schweiz geborene Knabe wehrte sich, was er konnte. Das ist natürlich, wenn man sich vorstellt, welches Grauen vor einer solchen Totenkammer in kleinen Orten auch ältere Leute haben. Wer vermag da die schreckliche große Angst und Furcht, den Schrecken des Kindes zu beschreiben? Auch den vorwimmenden Menschen hätte Mitleid erfaßt, wenn er die schreckensbleichen, starren Gesichtszüge des Neunjährigen geschaut hätte. Den hochwürdigsten Herrn Kaplan aber ergiff kein menschliches Mitleid, er ließ den zitternden Knaben aus der Pforte und ließ ihn mit Gewalt zu Boden. Dann packte der Polizeibeamte den armen kleinen und schleppte ihn in die Totenkammer. In diesem unheimlichen Raum war das Kind von Nachmittags 3 Uhr bis abends 7 Uhr eingesperrt. Man stelle sich die Leiden des Knaben in der schrecklichen, finsternen Totenkammer vor! Dabei gab es an dem Tage eine grimmige Kälte. Als das Kind abends nach 7 Uhr nach Hause kam, war es natürlich ganz erfroren und krank. Die armen, verzogenen Eltern glaubten, mit warmen Wädern das Kind wieder herzustellen zu können, sahen aber bald ein, daß sie ärztlichen Beistand nehmen mußten. Am 24. Januar kam der Arzt, der sozusagen Nervenschoc bei dem Knaben feststellte. Außerdem waren die Füße erfroren. — Der Kaplan ist vom Bischof von Mainz verstoßen worden. Ist das alles, was in der Sache geschehen ist oder geschehen soll?

Ein schändlicher Vandalismus wurde im Stadtgarten zu Stuttgart verübt. Die meterlangen biden Blätter der dort kürzlich aufgestellten Agaven sind vollständig abgeschnitten und zerstückelt worden. Von den hochstämmigen zähholzigen Succupflanzen ist es dem Uebeltäter gelungen, eine abzuschneiden, während andere nur angekniffen sind. Eine riesige Pflanzpalme im Werte von einigen hundert Mark ist ihrer mehrere Meter langen Blätter beraubt worden, soweit der Täter sie erreichen konnte. Das Vetterhäuschen ist vollständig demoliert. Im Parkere sind einige Rosenbüschchen abgeschnitten oder umgetreten. Die acht Succupflanzen rings um das Bassin des Springbrunnens wurden alle mit sachgemäßem scharfen Schnitt abgetrennt. Im Fischweiser des Bassins mit den vielen Goldfischen ist der Versuch von Vergiftung wahrgenommen worden. Die Bewüstungen sind von einem Studierenden der Bauwerksschule verübt. Der junge Mann hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Durch einen heftigen Ausbruch des Vesuvus ist der westliche Teil des kleinen Kegels unter Auswurf einer großen Menge Lava eingestürzt.

einen Diebstahl oder Betrug komme es ihm nicht an, erklärte er seinen Widers, aber einen Mord möchte er nicht begehen. Meine Versprechungen lockten ihn, konnten seinen Sinn aber nicht wandeln. Unterstützen wollte er mich nach Kräften, aber die Tat selber nicht ausführen. Seiner Verschwiegenheit glaubte ich mich sicher, er war ein mutiger, energischer Charakter, sein eigener Vorteil, seine eigene Gefahr würden ihn als einen Mitschuldigen an mich stellen. Wenn alles vorüber war, sollte er von mir für seine Dienste eine namhafte Summe erhalten, mit der er nach Australien auszuwandern beabsichtigte.

Vor allem kam es darauf an, jeden Verdacht von vornherein von mir abzuwenden. Der Mord mußte als Raubmord erscheinen. Diomar Stod brachte mich auf die Idee, einen Einbruch in Szene zu setzen, dessen Urheber der Verdachte trotz aller Eugens als Mörder gelten würde. Er selber schaffte mir den rechten Mann. Er hatte Bekanntschaften in Verbrecherkreisen, man nannte ihm Koller, und es gelang ihm, diesen zu überreden, den Einbruch an einem bestimmten Abend und zu einer im Voraus bestimmten Zeit — denn er durfte höchstens eine halbe Stunde nach dem Mordbegehen — zu unternehmen. Ich selbst lieferte ihm die Wachsabdrücke, welche er dann an Koller weitergab, nur vom Sekretärschloß gab ich keine, es sollte erbrochen werden, um das Bild eines gewaltigen Einbruchs zu verstärken.

Ich hatte im voraus mit Stod alle Vorsichtsmaßregeln verabredet. Er durfte mein Haus nicht persönlich mehr betreten, wir trafen uns abends oder zu anderen Zeiten unter Anwendung besonderer Vorsicht an abgelegenen Orten, wir bestellten uns durch postlagernde abgeleitete Briefe. Stod legte sich für seine Tätigkeit einen anderen Namen, den eines

Kapitän Morelly bei; er hatte in Amerika einen Zirkusjockey gekannt, der sich diesen Namen beigelegt, und derselbe hatte ihm imponiert. So spielte er dem Publikum gegenüber eine regelrechte Doppelrolle: die des Kapitän Morelly mit einem Mord und einem falschen Barte, wenn er meine Geschäfte besorgte, und im gewöhnlichen Leben die eines harmlosen stellaschenden oder für kurze Zeit hier aufhaltenden Schauspielers Könsch, auf dessen Namen er Papiere besaß, die er irgendwo einmal gestohlen oder in einer Herberge an sich gebracht hatte. Ueberall konnte man ihn nur als normalen Menschen, da er die Vorsicht gebrauchte, von Zeit zu Zeit den Gasthof zu wechseln und sein nur schwer und bei längerer Bekanntschaft erkennbares Gebrechen sorgfältig zu verbergen. Auf der Straße trug er zu diesem Zweck sogar noch eine blaue Brille. Er hatte auch für den Fall einer möglichen Ueberumpelung während seiner Tätigkeit für mich vorgesorgt. Ein langer schwarzer Mantel verhüllte seine Gestalt, darunter trug er einen kurzen Ueberrock, unter dem tief über den Kopf gezogenen weiten Hut eine Pistole. So konnte er, entdeckt und verfolgt, sobald es ihm nur gelang, einen kurzen Vorsprung zu gewinnen, sein Neuzug vollständig umgefallen, und wenn er auch noch sein künstliches Auge einsetzte, so würde niemand in der umgeschaffenen Persönlichkeit den einäugigen Kapitän Morelly vermuten.

Ich will nicht versuchen, den Seelenzustand zu schildern, in dem ich mich bei Begehung der Tat befand. Um den Anschein der Abwesenheit zu erwecken, fuhr ich morgens nach Reichen, wo ich einen Bau auszuführen hatte. Das konnte nicht auffallen, da es jede Woche ein paarmal geschah. Ich blieb jedoch nicht so lange dort, als man später geglaubt, sondern fuhr schon um sechs Uhr in einer von Morelly besorgten Bekleidung vierter Klasse heimlich zurück und schlich

mich durch die Straßen nach meinem Hause, das ich hinten durch die Gartentür betrat. Ich wußte, daß der Gärtner abwesend war, deshalb hatte ich diesen Wochentag gewählt. Von der Köchin und dem Mädchen brauchte ich nichts zu fürchten, beide hielten sich um diese Zeit gewöhnlich in der Küche auf, sie würden mich bei gehöriger Vorsicht nicht wahrnehmen.

Meine arme Schwester lag schlafend auf dem Sofa, als ich leise eintrat, sie hatte gelesen, und das Buch war heruntergefallen. Bei meinem Eintritt erwachte sie — darauf war ich gefaßt; ich hatte, um nicht ihren Verdacht zu erwecken, einen Hausrod über die Türe gezogen und teilte ihr mit, ich sei gekommen, mit ihr noch einmal wegen der Selbangelegenheit zu sprechen. Es war mir wirklich Ernst mit meiner Angabe, ich wollte noch einmal versuchen, im Guten von ihr zu erlangen, was ich bedurfte. Ich riegelte, was ihr unter diesen Umständen nicht auffallen konnte, die Tür ab, jede Störung fernzuhalten, dann drang ich in sie mit Bitten und Vorstellungen. Sie blieb bei ihrer früheren Entscheidung. Wir sprachen sehr lebhaft — das waren die Stimmen, welche der Briefträger Gumprecht vernommen hatte.

In unbeschreiblicher Aufregung schritt ich endlich der Tür zu, anscheinend um sie zu verlassen, in Wahrheit, um noch einmal hinaus zu hören, ob alles sicher sei. Dann kehrte ich zurück, als ob ich noch einmal an ihre Liebe für mich zu appellieren gedachte, ich trat dicht an sie heran, meine Vorstellungen fortsetzend, und bevor sie noch abzuwehren konnte, was ich beabsichtigte, stieß ich ihr ein Messer, das Morelly mir besorgt, wiederholt in die Brust und erstickte durch Würgen des Halses ihre Sifferufe! (Fortsetzung folgt.)